Roter 1. Mai Berichte von den Aktionen und Demonstrationen der Partei Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 8. Mai 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Mammutprozess gegen den ROTEN MORGEN

Verteidigt die kommunistische Presse!

Im Mai beginnt ein wahrer Mammutprozeß gegen den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML. 35 Artikel aus 21 Ausgaben sind angeklagt. Das ist jede dritte Ausgabe im Zeitraum von Juni 1974 bis Oktober 1975. Schon diese Tatsache allein zeigt, daß der Verleger und verantwortliche Redakteur Gernot Schubert und die zeitweilige verantwortliche Redakteurin Karin Wagner nicht deshalb vor Gericht stehen, weil dem Staatsanwalt einzelne Äußerungen des ROTEN MORGEN nicht passen. Sie stehen vor Gericht, weil sie Verleger bzw. Redakteure einer kommunistischen Zeitung sind. Angeklagt ist in diesem Prozeß der Marxismus-Leninismus, die Weltanschauung der Arbeiterklasse.

Wie heißt es doch im Grundgesetz? „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ **Sieht man sich die Verfolgung des ROTEN MORGEN an, dann stellt sich allerdings die Frage: Pressefreiheit für wen?** Der bürgerliche Journalist Paul Sethe, ehemals Redakteur bei Springer, sagte dazu: „Die Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ Das ist beileibe keine Übertreibung. In Westdeutschland sind es einige wenige Pressezaren, die im Interesse der Kapitalistenklasse eine wahre Meinungsdiktatur ausüben.

Das fängt an bei der Herausgabe einer Zeitung. Natürlich, jeder — ob Arbeiter oder Kapitalist — hat die Freiheit, eine Zeitung herauszubringen. Aber nur der Kapitalist hat eben auch das nötige Kleingeld dazu. So wurde etwa vor einigen Jahren der Hamburger Zeitschriftenverleger Bucerius gefragt, warum er nicht in Hamburg eine Tageszeitung auf den Markt bringen wolle. Er antwortete, dazu müsse er 75 Millionen investieren, und er sei noch nicht einmal sicher, ob das reiche, um die Tageszeitung auf die Dauer zu halten.

Also ist die Pressefreiheit eine Freiheit für Millionäre, für Kapitalisten. Und heute sind es bereits nicht mehr 200 reiche Leute, die bestimmen, was Millionen lesen, sondern erheblich weniger. Die Pressekonzentration hat gerade in den letzten Jahren erheblich zugenommen. So hat von 1954 bis heute ein Drittel der Tageszeitungen aufgehört zu existieren. Heute beträgt der Anteil der fünf größten Pressekonzerne an der Gesamtauflage aller Zeitungen mit über 50000 Auflage 81%.

Die Kapitalisten können natürlich schlecht abstreiten, daß sie es sind, denen die Presse gehört. Behauptet man aber, daß ihre Zeitungen deshalb auch schreiben, was den Kapitalisten nützt, dann wird in der Regel darauf verwiesen, daß gesetzlich festgelegt ist, daß die Presse eine „öffentliche Aufgabe“ hat. So heißt es etwa im Landespressegesetz von Nordrhein-Westfalen: „Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, daß sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.“ Welche Stellung aber eine bürgerliche Zeitung bezieht, welche Kritik sie übt, bestimmt der Verleger, also der Kapitalist. Ein Beispiel. In der Bundesrepublik, aber auch im Ausland, besteht gegenwärtig eine breite Empörung gegen die Berufsverbotspraxis. Zweifellos ist dies auch ein Punkt, an dem jeder ehrliche Journalist Kritik üben müßte. Aber wer das zum Beispiel bei der NRZ in Zukunft tut, muß mit seiner Entlassung rechnen, wie der Rundbrief (siehe Faksimile auf Seite 7) zeigt.

Fortsetzung auf S. 7, Spalte 1



Die Rote 1. Mai Demonstration in Westberlin

Zeri i Popullit

Warum verweigert Bonn die Zahlung der Reparationen?

Nach wie vor weigert sich die Bundesregierung, der Volksrepublik Albanien Reparationen zur Wiedergutmachung des Verbrechens des Hitlerfaschismus in Albanien zu zahlen, obwohl die Forderung der VR Albanien nicht nur moralisch, sondern auch aufgrund der internationalen Verträge völlig berechtigt ist. Wir drucken im Folgenden einen Artikel des Zentralorgans der Partei der Arbeit Albaniens „Zeri i Popullit“ zu dieser Frage ab.

Demnächst sind es 31 Jahre seit dem Sieg der Völker über den Faschismus und der Zerschlagung Hitlerdeutschlands, seit der Beendigung des 2. Weltkrieges her. Doch bis heute hat die Deutsche Bundesrepublik, Nachfolgerin der westlichen Besatzungszonen Deutschlands, noch nicht die Reparationen beglichen, die sie der Volksrepublik Albanien schuldet. Die albanische Regierung hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und gefordert, daß Bundesdeutschland unverzüglich die Reparationen für die von den deutschen Aggressionsarmeen angerichteten Schäden und für die Verluste bezahlt, die daraus entstanden sind, daß sie nicht rechtzeitig geleistet wurden.

Diejenigen jedoch, die das heutige Deutschland leiten, die Schmidt und Strauß, die Sozialdemokraten und Liberalen, die Christdemokraten und Christlich-Sozialen versuchen, sich der vollen Verantwortung zu entziehen, die sie trifft, um die Folgen der Verbrechen zu beheben, die die faschistischen deutschen Armeen am albanischen Volk während des 2. Weltkrieges verübt haben. Mit Manövern, Bluffs und erdichteten juristischen Vorwänden behaupten sie, die Klauseln des sogenannten Londoner Abkommens würden sie angeblich daran hindern, die Reparationen zu bezahlen.

Den Herrschern Bundesdeutschlands mag es gefallen, ein kurzes Gedächtnis zu haben und nach Rechtfertigungen zu suchen, die weder in der Praxis noch im Völkerrecht irgendeine Grundlage haben. Mit solchen Taschenspielertricks können sie als besiegter Staat und Urheber zahlloser Verwüstungen und Leiden, die sie anderen Völkern zugefügt haben, den in-

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 3

Druckereiarbeiterstreik

Empörung über Aussperrung

Aussperrung in den Zeitungsbetrieben! Skrupellos spielten die Ausbeuterherren in der Druckindustrie ihre Machtmittel aus, um den gerechten Kampf der Druckereiarbeiter gegen Lohnraub, gegen die rücksichtslose Abwälzung der Lasten der Krise auf ihren Rücken brutal und zynisch zu unterdrücken. Die Antwort der Arbeiter auf diesen verbrecherischen Angriff der Kapitalisten hätte sein müssen: Kein Drucker rührt mehr einen Finger! Geschlossene Kampffront in der gesamten Branche! So denken auch die meisten Druckereiarbeiter. Aber was machten Mahlein und Co., die Bonzen der IG DruPa, die die ganze Zeit große Töne gespuckt und sich als konsequente Vertreter der Arbeiter aufgespielt hatten? Sie setzten die Politik der sogenannten „Schwerpunktstreiks“ fort. Die klassenbewußten Druckereiarbeiter sind über diesen schmutzigen Verrat empört.

88% der organisierten Druckereiarbeiter hatten sich bei der Urabstimmung für den Streik ausgesprochen. Das zeigt, daß die Kampfbereitschaft vorhanden war die nötig ist, um den Kapitalisten wirkliche Schläge zu versetzen, um ihnen die Kraft der Arbeiter zu zeigen und sie zu einer Lohnerhöhung zu zwingen, die nicht nur um ein paar läppische Pfennige über den Lohnraubabschlüssen der anderen Branchen liegt. Aber das Ziel der Bonzen des Gewerkschaftsapparats von der IG DruPa ist es eben nicht, die Kampffront der Arbeiterklasse zu schmieden und den Kapitalisten Schläge zu versetzen. Im Gegenteil: ihr scheinbar so radikales Auftreten hat nur den Zweck, die Arbeiter zu täuschen und ihren Kampf heimtückisch zu sabotieren.

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“ — 5,4% sind Lohnverzicht!“ — „Konsequent für 9 Prozent!“ — So und ähnlich lauteten die fettgedruckten Sprüche und Losungen auf den Flugblättern der IG DruPa. Auf den ersten Blick scheint es fast so, als seien die Bonzen der IG DruPa radikale Streiter für die Arbeiterforderungen. Aber die Tatsachen belehren uns immer wieder eines besseren.

Halten wir fest, daß die Forderungen, um die Mahlein und Co. jetzt solch einen Lärm veranstalten, bereits ein Schlag gegen die Interessen der Druckereiarbeiter waren. Aus den Betrieben und von den Delegiertenversammlungen der IG DruPa waren andere Forderungen gekommen! So forderte beispielsweise die Mitgliederversammlung der IG DruPa in Hannover einen Festbetrag von 200 DM monatlich. Der Vertrauensleutekörper von

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

AUS DEM INHALT

Proteste im Ausland

Bonner Grossmachtstreben stösst auf Widerstand

Die Bundesregierung, allen voran Kanzler Schmidt, hat sich in den letzten Wochen und Monaten wiederholt offen in die inneren Angelegenheiten anderer, vor allem westeuropäischer Staaten eingemischt. Die letzten Äußerungen Schmidts haben Proteste seitens der französischen und italienischen Regierung sowie seitens der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse dieser Länder hervorgerufen. Ginge es nur darum, daß die Bonner Reaktionäre den italienischen, französischen usw. Reaktionären Beschimpfungen an den Kopf werfen, wäre diese Sache nicht viel Aufhebens wert. Die Arroganz und Selbstherrlichkeit von Kanzler Schmidt aber ist so wenig dessen Privatsache, wie der vielzitierte Größenwahn Hitlers dessen privater Fehler war. „Der deutsche Imperialismus ist kein Gespenst, das der Vergangenheit angehört." In dieser Feststellung haben die albanischen Genossen in dem auf dieser Seite abgedruckten Artikel den Kern der Sache zusammengefaßt.

Was die Völker Europas in zunehmendem Maße beunruhigt, ist das Großmachtstreben des westdeutschen Imperialismus. Kaum eine Konferenz der Europäischen Gemeinschaft und ihrer verschiedenen Gremien, auf der die Vertreter der westdeutschen Imperialisten nicht den anderen Ländern Zensuren für ihre innenpolitischen Maßnahmen erteilen, auf der sie nicht mit der Streichung irgendwelcher Gelder drohen, um Druck auf die westeuropäischen Regierungen auszuüben, damit diese eine Politik betreiben, die den Interessen des westdeutschen Imperialismus entspricht.

Der westdeutsche Imperialismus ist heute der große Gläubiger Westeuropas. Das gilt für die europäische Gemeinschaft insgesamt, die finanziell stark vom westdeutschen Imperialismus abhängig ist. Das gilt für die einzelnen Länder Westeuropas, in denen sich der westdeutsche Imperialismus durch Kapitalexport eine starke Stellung verschafft hat.

Der politische und wirtschaftlich Druck, den die Bonner Regierung gegen andere westeuropäische Regierungen ausübt, verfolgt gegenwärtig hauptsächlich das Ziel, diese Regierungen zu bewegen, noch stärker gegen die Streikbewegung und die Kämpfe der Arbeiterklasse vorzugehen, die Ausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen dieser Länder noch zu verschärfen, um die Profite des in diesen Ländern investierten westdeutschen Kapitals zu sichern. Das steckt dahinter, wenn Schmidt permanent davon redet, andere Länder müßten ihre Verhältnisse in „Ordnung" bringen.

Der westdeutsche Imperialismus ist so in Westeuropa in gewisser Hinsicht zum Vorreiter der Faschisierung geworden. Wie das Wort ‚Kindergarten' ist heute das deutsche Wort ‚Berufsverbote' in den Ländern Westeuropas zum Begriff geworden. Zu einem Begriff, der nicht übersetzt wird, weil es in den Landessprachen kein entsprechendes Wort dafür gibt. Innerhalb der europäischen Gemeinschaft sind die von den westdeutschen Imperialisten ausgeübten Maßnahmen der politischen Unterdrückung und des Meinungsterrors ohne Beispiel.

Gerade diese Verknüpfung — das offene Großmachtstreben nach außen und die Faschisierung nach innen — löst bei den Völkern Europas Unruhe und Empörung aus. Kundgebungen und andere Proteste in diesen Ländern gegen Berufsverbote, Isolationsfolter und das 14. Strafrechtsänderungsgesetz zeigen, daß die Völker dieser Länder immer besser erkennen, daß der westdeutsche Imperialismus kein Gespenst der Vergangenheit ist. Der Kampf der Werktätigen dieser Länder gegen den westdeutschen Imperialismus ist eine große Unterstützung des Kampfes der westdeutschen Werktätigen.

Die Weigerung der Bundesregierung, die berechtigte Forderung des albanischen Volkes nach Zahlung der Reparation zu erfüllen, zeigt klar, wie der westdeutsche Imperialismus heute wieder als Fortsetzer der Verbrechen des Hitlerfaschismus auftritt. Die albanischen Genossen haben vollkommen Recht, wenn sie feststellen: *„Diese Haltung ist Ausdruck der Feindschaft, die er gegenüber jenen Ländern und Völkern hegt, die sich nicht mit dem Revanchismus und Faschismus abfinden, die nicht davon ablassen, die Gefahr der Wiederbelebung des deutschen Militarismus zu entlarven."* Man schaue sich nur an, wem Bonn sogenannte Wiedergutmachung gewährt. Dem Staat Israel z. B., obwohl Israel keinerlei Anspruch auf Entschädigungszahlungen hat. Der Staat Israel ist ein Produkt des Imperialismus und wurde als Speerspitze des USA-Imperialismus gegen die arabischen Länder gegründet. Der zionistische Staat, der eine Politik der Vertreibung und faschistischen Unterdrückung des palästinensischen Volkes betreibt, ist in keiner Weise Vertreter der jüdischen Menschen, denen der Hitlerfaschismus so unsägliches Leid zugefügt hat. Auch mit dem sozialfaschistischen Gierek-Regime in Polen wurde der westdeutsche Imperialismus handelseinig. Der in den Polen-Verträgen vereinbarte Menschenhandel dient keineswegs der Verbesserung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, sondern hilft einerseits der Gierek-Clique aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und fördert andererseits die revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus. Die Reihe derer, die von Bonn sogenannte Wiedergutmachungszahlungen erhalten haben, ließe sich fortsetzen. Aber es ergibt sich immer das gleiche Bild: Bezahlt wird an reaktionäre Regimes, an die Ausbeuter und Unterdrücker der Völker, an imperialistische Bundesgenossen. Bonn zahlt, wo es seinen imperialistischen Interessen nützt, wo es unter dem Deckmantel der Wiedergutmachung seine imperialistischen Interessen verfolgen kann. Das ist auch der Grund warum Bonn sich weigert, die Reparationen an die Volksrepublik Albanien zu zahlen. Die westdeutschen Imperialisten wissen, daß das rote Albanien stets auf der Seite der Arbeiterklasse und der Völker stehen wird und weder dem westdeutschen Imperialismus noch jedem anderen Imperialismus jemals Zugeständnisse machen wird.

Der Kampf der Völker Europas gegen den westdeutschen Imperialismus ist für uns deutsche Kommunisten und für die Werktätigen Westdeutschlands eine große Ermutigung und ein großer Ansporn, unsere Anstrengungen für den Sturz des westdeutschen Imperialismus durch die sozialistische Revolution zu verstärken. Heute sind die beiden Supermächte die Hauptfeinde der Völker der Welt. Aber auch der westdeutsche Imperialismus ist eine große Gefahr für die Völker Europas und sein gewaltsamer Sturz liegt nicht nur im Interesse der westdeutschen Werktätigen, sondern auch der Völker Europas.

Warum verweigert Bonn die Zahlung der Reparationen?

Fortsetzung von Seite 1

ternationalen Verpflichtungen nicht entrinnen. Die Verantwortung Deutschlands, die Kriegsschäden zu bezahlen, ist klar und richtig durch das Potsdamer Abkommen festgelegt. Darin wird betont, daß Deutschland verpflichtet werden muß, die Schäden und Leiden wiedergutzumachen, die es verschiedenen Nationen zugefügt hat. Die Pariser Konferenz über Reparationen für Kriegsschäden, die November/Dezember 1945 stattfand, und an der auch Albanien teilnahm, erkannte unserem Land das Recht auf Reparationen zu. Die Forderungen Albaniens nach Kriegsentschädigung wurden allerdings nicht im erforderlichen Maß berücksichtigt. Gegen diese flagrante Ungerechtigkeit der imperialistischen Großmächte haben wir bereits damals mit Nachdruck entschiedenen und berechtigten Widerspruch eingelegt sowie uns vorbehalten, auf dieses Problem wieder zurückzukommen.

Das Recht Albaniens auf Reparationen beruht auf dem Kampf des albanischen Volkes gegen den deutschen Faschismus, auf seinem Blut, seinen zahllosen Opfern und Leiden. Albanien gehörte zu den ersten Opfern der faschistischen Aggression und war einer der Kämpfer der ersten Stunde gegen die nazifaschistischen Armeen bis zum letzten Augenblick ihrer Zerschlagung. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und der Größe des Territoriums waren die Schäden die unser Land an Menschen und materiellen und kulturellen Werten erlitt, schwerer als die zahlreicher anderer Staaten.

Das Londoner Abkommen, auf das sich die Bundesregierung beruft, hat keinerlei Gesetzeskraft für unser Land und nichts mit den Reparationen zu tun, die Deutschland verpflichtet ist, Albanien zu bezahlen. Das albanische Volk erkennt Abkommen und Beschlüsse der imperialistischen Mächte und jegliches Abkommen nicht an, das ohne seine Teilnahme, ohne seine Zustimmung und zu seinem Schaden zustandekommt. Es ist hervorzuheben, daß auch die Bonner Regierung selbst, die behauptet, das Londoner Abkommen verbiete ihr angeblich, die Reparationen zu bezahlen, in der Praxis ihm entgegengehandelt hat. Wie und wem sie Reparationen geleistet hat, können und werden wir mit Dokumenten sagen, wenn es notwendig ist. Die Herrscher Bundesdeutschlands, die ihren Verpflichtungen entkommen möchten, verbreiten, die Forderungen der Volksrepublik Albanien seien angeblich groß. Sie sind groß, denn auch die Schäden waren es. Albanien ist stets bereit, sie zu belegen und zu begründen. In erster Linie muß die Bonner Regierung akzeptieren, den Schadensersatz zu bezahlen und darf sich nicht auf das Londoner Abkommen als eine Rechtfertigung berufen, um diese Angelegenheit als abgeschlossen zu betrachten. Albanien wird seine Rechte bis ins einzelne und bis zuletzt fordern. Wir werden nicht aufhören, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wegen dieser ihrer unrechtmäßigen und feindlichen Handlungsweise und Haltung zu brandmarken.

Die starrsinnige Haltung Bundesdeutschlands, mit der es sich weigert, den Albanien geschuldeten Schadenersatz zu zahlen, ist nicht losgelöst von seinem allgemeinen politischen Kurs, den es seit seiner Entstehung verfolgt, von seinen Bemühungen, erneut eine Großmacht zu werden, mit weltweiten Anmaßungen wie zur Kaiser- und Hitlerzeit. Diese Haltung ist Ausdruck der Feindschaft, die es gegenüber jenen Ländern und Völkern hegt, die sich nicht mit dem Revanchismus und Faschismus abfinden, die nicht davon ablassen, die Gefahr der Wiederbelebung des deutschen Militarismus zu entlarven. Der deutsche Imperialismus ist kein Gespenst, das der Vergangenheit angehört. Zunächst mit Hilfe der USA und später mit der der revisionistischen Sowjetunion erhielt der preußische Adler nicht nur Federn, sondern auch Flügel. Heute tritt Bundesdeutschland, das aus der Rivalität der Supermächte profitiert, von denen jede versucht, es auf seine Seite zu ziehen, indem sie ihm ein Zugeständnis nach dem anderen machen, auf die Bühne der Geschichte, ohne einen Friedensvertrag unterzeichnet zu haben, ohne die Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu befolgen und indem es sie verletzt.

Anstatt gegenüber Bundesdeutschland als Verantwortlichen für seine Vergangenheit, die von den bekannten internationalen Abkommen vorgesehenen Zwangs- und Restriktionsmaßnahmen anzuwenden, versuchten und versuchen die USA und die revisionistische Sowjetunion nicht nur, es von jeder Verpflichtung zu befreien, sondern auch, es zu rehabilitieren und als einen friedliebenden und fortschrittlichen Staat aufzupolieren. Damit arbeiten die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten bewußt darauf hin, den revolutionären, antifaschistischen und demokratischen Teil des deutschen Volkes zu schwächen. Sie stellten den herrschenden Bonner Kreisen ein politisches Leumundszeugnis aus und ermuntern deren reaktionären, revanchistischen, expansionistischen Appetit. Es ist eine Tatsache, daß Bundesdeutschland heute immer nachdrücklicher versucht, seinen Willen den westeuropäischen Verbündeten aufzuzwingen, sie zu schwächen und ihnen ernste Schwierigkeiten zu bereiten, als vorherrschende Macht der europäischen Neun aufzutreten und sich offen die führende Rolle in der Europäischen Gemeinschaft anzumaßen und den alten Traum des deutschen Faschismus vom Lebensraum, von der besonderen Sendung in der Welt, von der Wiederherstellung Deutschlands in seine historischen Grenzen anzustacheln.

Was die Volksrepublik Albanien betrifft, so wird sie wie bisher fortfahren, zu verlangen und dafür zu kämpfen, daß Bundesdeutschland seinen aus den internationalen Abkommen der Kriegszeit sich ableitenden Verpflichtungen als besiegter Staat nachkommt. Sie wird besonders dafür kämpfen, daß die deutsche Bundesrepublik die Reparationen bezahlt. Wenn die Bonner Regierung keine positive Antwort gibt und es nicht akzeptiert, die Reparationen zu bezahlen, werden wir nicht aufhören, sie wegen dieses unrechtmäßigen und feindlichen Aktes zu brandmarken. Genosse Enver Hoxha sagte in seiner Rede vom 3.Oktober 1974 in Bezug auf die unrechtmäßige und feindliche Haltung der Regierung Englands, bei der Plünderung des Goldes und der Bonner Regierung bei den Schulden, die es Albanien als Kriegsschadensersatz verpflichtet ist zu zahlen: *„Erwartet man vielleicht, daß wir vor diesen Regierungen, die uns so viel Übles und so viel Ungerechtigkeiten zugefügt haben, zu Kreuze kriechen und auf die Knie fallen? Nie und nimmer! Sie irren sich."* Wir achten jene Deutschen und Demokraten, die sich von der Vergangenheit lösen und wiedergutmachen wollen, aber nicht die Faschisten, nicht die Schmidt und Strauß, die sich weigern, den Schaden zu bezahlen, den sie Albanien schulden, und den sie unverzüglich bezahlen müssen. Das ist unser unleugbares und unverjährbares Recht und in dieser Frage hatte und hat das albanische Volk die Unterstützung der gesamten fortschrittlichen Weltöffentlichkeit.

Kurz berichtet



SAARBRÜCKEN

Zum Roten 1. Mai erschien die erste Ausgabe der Zeitung der KPD/ML für Saarbrücken „Rote Saar". Eingehend auf die schwere Lage der Werktätigen im Saarland ruft die Zeitung die Arbeiter, Werktätigen und Jugendlichen an der Saar auf, den Weg des revolutionären Kampfes zu gehen und am 1. Mai unter den roten Fahnen der Arbeiterklasse unter Führung der KPD/ML zu demonstrieren. In einem weiteren Artikel der Zeitung wird das Vorgehen der Revisionisten der SDAJ entlarvt, die den Kampf der Saarbrücker Jugendlichen für ein Jugendzentrum bei einer Demonstration unterminierten. Die Jugendlichen werden aufgerufen, sich an einem Jugendlager der ROTEN GARDE zu beteiligen.

WÜRZBURG

Am 24.4. führte die Ortsgruppe Würzburg der KPD/ML und der ROTEN GARDE einen Filmabend aus Anlaß des 90. Geburtstages Ernst Thälmanns durch. Gezeigt wurde der Defa-Film von 1946 „Ernst Thälmann — Sohn seiner Klasse". Als Einführung zu dem Film las ein Genosse den Artikel der letzten Rote-Garde-Zeitung über Ernst Thälmann vor. Die Veranstaltung war bekannt gemacht worden durch ein Flugblatt und durch Hausagitation. So kam es, daß die Veranstaltung von beinahe 50 Freunden und Genossen besucht wurde. Auch neue Gesichter waren darunter. Im Anschluß an den Film wurde eine Spendensammlung zur Unterstützung der Aktivitäten der Partei zum 1. Mai durchgeführt.



MÜNSTER

In Münster hat die ROTE GARDE unter dem Titel „Jugend im Kampf" eine neue Zeitung der ROTEN GARDE für Lehrlinge, Berufsschüler und Jungarbeiter in Münster herausgebracht. In der Zeitung wird die ROTE GARDE und ihr Kampf an der Seite der Partei vorgestellt. Ein weiterer Artikel geht insbesondere auf den Kampf der ROTEN GARDE in der Bundeswehr ein.

MOERS

Anfang April wurde in Moers die ROTE GARDE gegründet. Die Genossen berichten: „Seit Januar verkaufen wir in der Innenstadt regelmäßig den ROTEN MORGEN und die Zeitung der ROTEN GARDE. Da wir an einem Ort verkauften, der zugleich mehr oder weniger ein Schülertreffpunkt ist, konnten wir schnell die ersten Kontakte zu fortschrittlichen Schülern knüpfen. Mit den neugewonnen Genossen führten wir seit März einen wöchentlichen Jugendtreff durch. Am 9.4. stellte sich die ROTE GARDE erstmals in Moers öffentlich mit einer Filmveranstaltung in einem Jugendzentrum vor. Mit einem Megaphon hatten wir in einer Schule zu dem Film eingeladen. Wir klebten ca. 100 Plakate, die zum Besuch der Veranstaltung aufriefen. Der Erfolg blieb nicht aus: Ungefähr 50 unorganisierte Jugendliche kamen zu unserer Veranstaltung."

„Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!"

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Bericht über die Entwicklung der DDR

Am Klassenkampf festhalten!

In der letzten Nummer des ROTEN MORGEN begannen wir mit dem Abdruck eines Berichts einer Genossin über ihre Erfahrungen in der DDR, als die DDR noch ein sozialistischer Staat war. Immer wieder werden wir von Kollegen gefragt, wie es möglich war, daß ein sozialistischer Staat wie die DDR zu einem kapitalistischen, sozialfaschistischen Staat werden konnte. Der Bericht unserer Genossin, die Mitglied der SED, der FdJ und der Volkspolizei war, zeigt anhand konkreter Beispiele, wie sich bereits vor dem konterrevolutionären Putsch der Ulbricht-Clique falsche, bürgerliche Erscheinungen breitmachten. Diese Erfahrungen aus der DDR lassen uns verstehen, warum es so wichtig ist, auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie weiterzuführen, um eine erneute Machtergreifung der Kapitalisten zu verhindern.

1952 wurde ich dann auch Kandidat der Partei. Die Kandidatenzeit betrug für Angestellte 2 Jahre, für Arbeiter weniger. Ansonsten aber wurden keine besonderen Bedingungen gestellt, an politischer Bildung wurde sehr wenig verlangt, geschweige denn, daß man, wie dies in China oder Albanien der Fall ist, die Meinung der Kollegen zur Aufnahme in die Partei berücksichtigt hätte. Das Aufnahmegespräch dauerte keine fünf Minuten. Meine Tätigkeit in der FDJ reichte, um auch in die Partei aufgenommen zu werden. Die Aufnahme war damals schon so eine Art Massenaufnahme. Bei der Übergabe des Parteibuches bzw. der Kandidatenkarte waren wir über 20 Genossen. Der Rahmen war sehr feierlich und ich war sehr beeindruckt. Dennoch, überlegt man, daß die KPD 1932 in ganz Deutschland 252000 Mitglieder hatte, 1946 auf ihrem XV. Parteitag 619256, die SED auf ihrem III. Parteitag 1950 aber bereits 1750000 Mitglieder allein in der DDR, so kann man sich vorstellen, daß sich darunter bestimmt zahlreiche Karrieristen, Revisionisten und andere üblen Elemente befanden. Das sollte ich bald in der Praxis erleben.

Kurz nach meiner Aufnahme in die Partei wurde eine Kampagne durchgeführt, um die Volkspolizei, die noch sehr jung war, zu stärken. Es war selbstverständlich, daß ich mich zur Polizei meldete. Ich arbeitete dann dort als Stenotypistin bei der Kriminalpolizei. Hier wurde ich dann das erste Mal mit vielen fragwürdigen Dingen konfrontiert, die mir Jahre später und auch heute noch von Genossen bestätigt werden, die ähnliches in vielen Teilen der DDR erlebt hatten.

Ich wurde in Berlin-Oberschöneweide im Revier eingesetzt. Es waren damals bei der Volkspolizei natürlich alles Parteigenossen, aber keine kampfgestählten. Entsprechende Schulungen oder einen ideologischen Kampf, einen Kampf zweier Linien, einen bewußten Kampf gegen alle opportunistischen, bürgerlichen Abweichungen, wie wir ihn heute in unserer Partei führen, gab es nicht. Die ideologische Erziehung, die ja fortwährend, das ganze Leben lang beibehalten werden muß, wurde nicht beachtet. So konnte es denn auch sehr schnell kommen, daß sich — selbst unter den Genossen — korrupte Elemente entwickelten.

Die politische Situation in Berlin, der wirtschaftliche Aufschwung durch den Marshall-Plan im Westen, ihre Feindschaft zum Sozialismus und anderes mehr, veranlaßten in den ersten Jahren der Gründung der DDR, also 1950, 1951, 1952 viele Handwerker, Großbauern, Ärzte, Technokraten usw. die DDR zu verlassen. **Im Gegensatz zu späteren Fluchtbewegungen handelte es sich bei diesen Menschen überwiegend um bürgerliche bzw. kleinbürgerliche, reaktionäre Elemente.**

Wer das Verlassen ihrer Wohnungen, Werkstätten, Praxen usw. natürlich zuerst bemerkte, war die Volkspolizei. Oft wurde die Polizei durch die Bevölkerung benachrichtigt, manchmal kamen von den Besitzern auch selbst Briefe, nachdem sie die Wohnung usw. verlassen hatten. In den meisten Wohnungen und Häusern war das Inventar heil hinterlassen worden. Diese Wohnungen und Häuser wurden dann, bis die Sache behördlich geregelt war, von der Volkspolizei versiegelt. Es ist in dieser Zeit häufiger vorgekommen, daß Abschnittsbevollmächtigte (das waren die Polizisten, die in den Straßen Streife liefen und einen bestimmten Abschnitt zu betreuen hatten) im guten Einvernehmen mit ihrem Revierleiter u.a. sich einen Teil der Möbel usw. einverleibten. Sie hatten auch häufig die Finger darauf, wer in diese Häuser — oft waren es Villen — einziehen durfte. Natürlich solche, die sich erkenntlich zeigten.

Auch wenn ab und zu solche Fälle bestraft wurden und die Presse darüber berichtete, so wurde doch keine Kampagne gegen solche Erscheinungen geführt, geschweige denn, daß man die Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse, zum Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft mobilisierte. Über die Ursachen dieser Verfehlungen von Genossen wurde innerhalb des Reviers nicht gesprochen. Unser Parteileben auf dem Polizeirevier sah ähnlich aus wie im Betrieb. Schulung des Neuen Deutschlands, Bezahlung der Beiträge. Mir selbst fehlten sämtliche Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Oft habe ich die Artikel im Neuen Deutschland gar nicht verstehen können. Lediglich die grausame Erinnerung an den Krieg und mein Gefühl für Gerechtigkeit, anerzogen durch Armut und Hunger im Elternhaus, ließen alles im goldenen Licht erscheinen. So ist es damals vielen Menschen gegangen. Die neue Zeit, der Triumph, der Sieg über den Faschismus, die Hoffnung, daß der Krieg nun endgültig vorbei sei, die Tatsache, daß erstmals die Arbeiterklasse die Macht ausübte, ließ alle Mängel, all die bereits im Keim wieder vorhandene Korruption klein und unwesentlich erscheinen.

Gerade wir Jugendlichen, aber auch viele ältere Kollegen und Genossen gingen voll Enthusiasmus an die Aufgabe des Aufbaus unseres neuen sozialistischen Staates. **Und es waren ja auch großartige Werke, die da durch die Kraft des Volkes neu entstanden:** das Eisenhüttenkombinat Stalinstadt an der Oder, das Eisenhüttenkombinat West an der Saale, die neuen Großwerften in Stralsund, Warnemünde und Wismar, die Großkokerei in Lauchhammer, das Stahl- und Walzwerk Brandenburg usw. usf. Der Enthusiasmus der Jugend manifestierte sich in großartiger, für alle die dabei waren wohl unvergeßlicher Weise, in den III. Weltspielen der Jugend und Studenten im August 1951 in Berlin. 2 Millionen Jugendliche aus der DDR, rund 35000 aus der Bundesrepublik und 26000 Gäste aus 104 Ländern nahmen daran teil. Auch wenn auf uns Berliner FDJler und Genossen die ganze Last der Organisation ruhte — ich mußte von morgens bis abends Würstchen, Knacker verkaufen —, so fanden wir abends doch Zeit, die zahlreichen Veranstaltungen zu besuchen. Unvergeßlich ist mir auch eine anläßlich der Weltfestspiele von uns Berliner FDJlern in Westberlin durchgeführte machtvolle revolutionäre Demonstration. Natürlich kam es zu Auseinandersetzungen mit der Westberliner Polizei und wieder einmal mußte ich, wie des öfteren bei ähnlichen Anlässen, Nächte im Gefängnis verbringen. Nächte, in denen unsere revolutionären Lieder dem Wachpersonal auf die Nerven gingen.

Eine gewaltige Leistung anläßlich der Weltfestspiele war auch die Unterbringung und Versorgung der rund 2 Millionen Gäste. **Und hier zeigte sich besonders anschaulich die damals noch vorhandene breite Solidarisierung der Ostberliner Bevölkerung mit ihrem sozialistischen Staat.** Hunderttausende nahmen trotz zumeist eigener beengter Wohnverhältnisse die jungen Gäste auf. Wie konnte es kommen, daß zwei Jahre später, am 17. Juni 1953, wenigstens ein Teil derer, die damals noch für den Aufbau des Sozialismus waren, sich von der Konterrevolution mißbrauchen ließen?

Ende 1952, Anfang 1953 setzte eine erhöhte Republikflucht ein. Auch drei meiner Verwandten — darunter ein Volkspolizist — gingen in den „goldenen Westen". Ich mußte daraufhin bei der Volkspolizei ausscheiden und kam in den Großbetrieb Kabelwerk Oberspree. Hier erlebte ich den 17. Juni. Die Partei in diesem Betrieb griff nicht ein. Die Demonstranten, die aus den Großbetrieben in Berlin-Köpenick kamen und über Oberschöneweide in die Innenstadt zogen, marschierten am Betrieb vorbei und forderten Betriebsangehörige auf, mitzumarschieren. Einige taten es. Viele trauten sich auch nicht, da die Partei und die FDJ vor dem Betriebstor zusammengezogen worden waren. Einige Provokateure, die versuchten, unseren Genossen vor dem Tor die Blauhemden oder Parteiabzeichen runterzureißen, wurden von uns, Partei- und FDJ-Genossen in den Betrieb gebracht. Sie kamen unter Bewachung in einen Raum und wurden am Abend per Lastauto in die Innenstadt transportiert. Im Betrieb selbst wurden in den einzelnen Abteilungen und auf dem Gelände Wachen aufgestellt. Nach dem 17. Juni wurde die Partei angewiesen, verstärkt auf Argumente zu achten, verstärkt auch Diskussionen zu führen, um Spitzel ausfindig zu machen. Es kam zu vielen Verhaftungen in den Betrieben. Ich war in der Thälmann-Brigade und auch unser Brigadier wurde verhaftet.

Es steht fest und ist bewiesen, daß der 17. Juni ein vom Westen beeinflußter und seinen Agenten direkt gelenkter konterrevolutionärer Putsch war, den man gewaltsam niederschlagen mußte. Doch von nichts kommt nichts. Er hätte niemals seine Breite vor allem im Industrieproletariat erreichen können, wenn es für die äußeren nicht auch innere Ursachen gegeben hätte. Natürlich tobte in der DDR ein harter Klassenkampf, natürlich versuchte die Bourgeoisie alles, sowohl die im Westen als auch die gestürzte in der DDR, einen Keil zwischen das Volk und seine Regierung zu treiben, unternahmen ihre Agenten alles, um die Partei zu korrumpieren und sie von ihrer Klasse zu isolieren. Es wäre daher vordringliche Aufgabe der Diktatur des Proletariats gewesen, das werktätige Volk im Kampf zusammenzuschließen und den Klassenfeind zu unterdrücken und jeden Ansatz zum Bürokratismus, zur Vetternwirtschaft, zum Administrieren zu verhindern.

Was aber geschah nach dem 17. Juni? Die Regierung erklärte, das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren und es müsse sich anstrengen, es



Demonstration der FDJ in Westberlin.

wiederzugewinnen. Im übrigen beschloß die SED auf dem 15. Plenum des ZK den neuen Kurs. Dieser wurde so definiert: *„Das Wesen des neuen Kurses besteht darin, in der nächsten Zeit eine ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse der DDR zu erreichen und auf dieser Grundlage die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bedeutend zu heben."*

Natürlich ist es notwendig, den Lebensstandard ständig zu heben. Aber das ist beileibe nicht alles. Genauso notwendig, noch notwendiger ist es, die Massen ideologisch im Geiste des Sozialismus zu erziehen, die unbezwingbare Einheit von Partei, Klasse und Massen zu schmieden. Waren denn etwa um diese Zeit in Albanien die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse besser? Keinesfalls, sie waren schlechter als in der DDR. Dennoch lief dort niemand weg, gab es keinen konterrevolutionären Putsch, schritt der Aufbau des Sozialismus planmässig voran.

Was die Arbeiter, die Werktätigen in der DDR sauer machte, waren nicht so sehr die Lebensverhältnisse (natürlich spielte der Vergleich mit dem Westen eine Rolle), sondern daß sie sahen, daß, während sie im Schweiße ihres Antlitzes, aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan in den vergangenen Jahren den Sozialismus aufbauten, eine intellektuelle bevorzugte Schicht höherer Staats- und Parteifunktionäre und bürgerliche Experten extreme Privilegien genossen. Und nicht nur höhere. Das fing schon ganz unten an. Auch nach dem 17. Juni fanden unsere Parteiversammlungen (in unserer Abteilung waren es ungefähr 15 bis 20 Genossen) während der Arbeitszeit statt. Jedesmal wenn ich mich zu solch einer Versammlung von der Brigade abmeldete, waren die Kollegen mißtrauisch. Natürlich sagten sie nichts, sie wollten ja nicht auffallen. Aber im Grunde genommen war dies schon eine Spaltung zwischen Arbeiterklasse und Partei.

Man versuchte auf der einen Seite das politisch-ideologische Niveau zu erhöhen, beachtete aber dabei nicht, wen man förderte. Karrieristen und Bürokraten wurden gezüchtet. Materielle Unterschiede wurden nicht abgebaut, Privilegien nahmen zu. Ich schrieb damals Gedichte und Novellen und schreibende Arbeiter wurden auch sehr gefördert. Doch wie sah es hinter den Kulissen aus? Ich wurde oft von der Brigade weggeholt und konnte schon am frühen Vormittag an Theater- oder Leseproben teilnehmen. Am Nachmittag war ich dann wieder in der Brigade.

Es war klar, daß dies kein gutes Verhältnis schaffte. Bei Leseproben in den Betrieben (Schriftsteller übernahmen über Betriebe Patenschaften und lasen in Abständen auf Kulturabenden aus ihren Werken vor) lernte ich auch bekannte Schriftsteller kennen. Unter anderem war auch eines Tages der Schriftsteller Jan Koplowitz, der in der Nähe meines Elternhauses wohnte, anwesend. Es war spät und ich kam nicht mehr nach Hause. Ich fuhr mit mehreren Genossen und Freunden mit zu diesem Jan Koplowitz in die Wohnung. Dort lernte ich das Dienstmädchen Herta kennen, das dem Jan Koplowitz die Wirtschaft führte. Das Dienstmädchen Herta und ihr Verlobter Franz Kreuzer, der mit mir im Betrieb zusammen arbeitete, erzählten mir oft von Orgien und Feten, die nächtelang in dieser Wohnung stattfanden, von Nacktfilmen, die an der Ostsee gedreht worden waren und die dieser Schriftsteller, der sich in der Öffentlichkeit und vor den Arbeitern als kämpferischer sozialistischer Schriftsteller feiern ließ, dort vorführen ließ.

Sicherlich wird er es nicht allein gewesen sein, der solch ein Leben führte, denn diese Art Ansätze waren besonders in den sogenannten kulturellen Kreisen vorhanden. Die Ami-Kultur, die wir als FDJler noch öffentlich bekämpften, hatte hinter den Kulissen, in Film, Fernsehen und anderen Institutionen bereits längst Einzug gehalten. Als schreibende Arbeiterin wurden mehrere Gedichte und Novellen von mir veröffentlicht. Im Fernsehen wurde ich vorgestellt und mußte diese Gedichte in Jugendsendungen verlesen. Die Behandlung und die Atmosphäre im Fernsehstudio Adlershof war mehr als bürgerlich und dekadent. Obendrein bekam ich für jedes veröffentlichte Gedicht 120 Mark, für eine Fernsehsendung 60 Mark an Honorar. Novellen wurden pro Zeile berechnet. Mir gefiel das. War es doch ein Haufen Geld für mich und wesentlich mehr als ich im Betrieb verdiente. Dort in der Brigade verdiente ich im ganzen Monat zwischen 200 und 250 Mark einschließlich Akkordstunden. Da kam mir natürlich ein Gedicht für 120 Mark sehr zu paß.

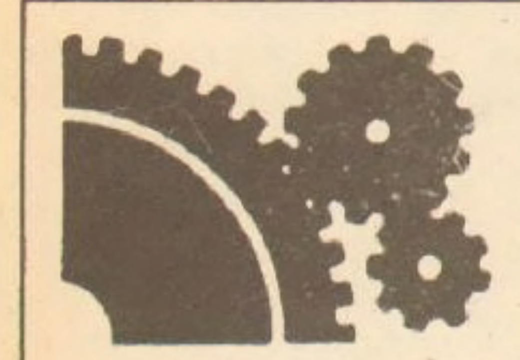
Wenn ich heute darüber nachdenke, so schäme ich mich, daß ich damals genau so gedacht habe, wie diese bereits bürgerlichen Typen. Für ein Gedicht den halben Monatslohn eines Arbeiters. Schließlich war ich ja keine bürgerliche Literaturtunte, sondern Arbeiterin, Genossin. Aber das waren keine Ausnahmen, das war Linie, Parteilinie, und Profis wie Koplowitz haben sicherlich für ihr Geschriebenes ein wesentlich höheres Honorar erhalten.

Natürlich gab es nicht nur diese negativen Erscheinungen, sondern auch viele positive Dinge. Erfolge, die damals, Anfang der 50er Jahre, noch die Hauptseite bildeten. So im Erziehungs- und Gesundheitswesen, die Einrichtung von Polikliniken, die Errichtung von Ferienheimen, in die Arbeiter für wenig Geld (30 Mark) einen 14tägigen Urlaub verbringen konnten, die Einführung des polytechnischen Unterrichts usw. usf. So wurde damals, um die Zeit des 17. Juni, gerade das schöne Kulturhaus des Kabelwerks Oberspree an der Spree fertiggestellt. Hier gab es alle möglichen Kultur- und Ausbildungssparten für Jugendliche wie für Arbeiter. Auch an Veranstaltungen usw. wurde viel geboten. Diese Kulturhäuser entstanden überall in der Republik. Doch das Wesentliche, das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung zu festigen, schaffte man nicht.

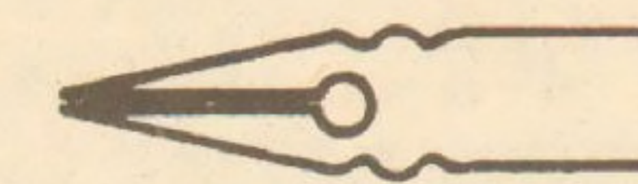
(wird fortgesetzt)

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML SEKTION DDR
auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321004—547
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Reaktionärer Betriebsrat blitzte ab

Am 22. April kam in der Frühschicht ein Betriebsrat an meinen Arbeitsplatz, um mir eine DGB-Plakette zum 1. Mai zu verkaufen. Ich lehnte ab. Er wurde aufdringlich: „Komm, bis heute Mittag hast du eine. Ich dachte, du bist für die Arbeiter, ich kenne doch deine Ansichten. Ich weiß auch, was du immer für extreme Zeitungen liest."

Ich fragte, ob er nicht wüßte, wofür er da überhaupt Propaganda macht. Weil sich gleich einige Kollegen dazugesellten, ging ich genauer darauf ein, daß der DGB am 1. Mai für den Schwindel von Mitbestimmung und Recht auf Arbeit demonstriert und daß ich bei diesem Schwindel nicht mitmache. Als er auch noch sagte, ich würde mit dem Kauf der Plakette helfen, die Arbeitsplätze der Kollegen zu erhalten, die die Plakette hergestellt haben, brauchte ich gar nicht zu antworten: die umstehenden Kollegen haben ihn ausgelacht. Auch mit der demagogischen Frage, ob's mir denn „drüben" besser gefiele, erlitt er Schiffbruch. Ich habe nämlich zurückgefragt, warum er wohl jedes Jahr nach Leipzig zum FDGB fährt und nicht ich. Am Schluß beschimpfte er noch die Kollegen, die den DGB ablehnen: sie dürften auch bei der Lohnerhöhung kein Geld kriegen. Ich wies das als Wunsch nach einer faschistischen Zwangsgewerkschaft zurück. So trollte er sich unzufrieden von dannen. Es versteht sich, daß ich schon längst ein Maiabzeichen hatte: allerdings nicht rosa, sondern rot mit gelbem Stern und Hammer, Sichel und Gewehr.

Ein Genosse aus Wetzlar.

Ruin durch Überstundenschinderei

Welche Ausmaße die Überstundenschinderei hat, ist mir in diesen Tagen an folgendem Beispiel deutlich geworden.

Ein ausländischer Kollege, 54 Jahre alt, war wochenlang nicht im Betrieb zu sehen. Auf die Frage, was wohl mit ihm los ist, erzählte man, er sei im Krankenhaus und habe mehrere schwere Operationen durchgemacht. Dieser Kollege hat seit dreizehn Jahren in Deutschland immer nur Nachtschicht gearbeitet und zwar Aufräumarbeiten, Saubermachen, Fegen usw. Er hat fast jeden Samstag und Sonntag gearbeitet und noch viele Doppelschichten, so daß er immer auf rund 300 Stunden im Monat kam. Durch das viele Staubschlucken ist er jetzt fertig und ruiniert. Die Kapitalisten lassen ihn jetzt mit Billigung ihrer Ärzte noch eine Weile schuften. Es erübrigt sich wohl festzustellen, daß er nicht viel von seiner Rente haben wird.

Weil ich dachte, daß das wohl ein Einzelfall ist, habe ich mich mal umgehört. Nein, viele Kollegen bestätigten, daß sie es schon genauso gemacht haben. Ein Kranfahrer sagte mir, daß er früher fünf Doppelschichten pro Woche gefahren habe und dazu oft noch Samstag und Sonntag gearbeitet habe. Das ist auch ein Aspekt, wie das westdeutsche „Wirtschaftswunder" auf den Knochen und dem Schweiß der Arbeiterklasse errichtet wurde.

Arbeiten im Zinkdampf

Liebe Redaktion des ROTEN MORGEN!

Wir möchten Euch einmal berichten, wie bei Rheinstahl-Eggers-Kehrhahn (heute Thyssen) in Hamburg die Gesundheit der Kollegen im Fahrsteigbau bewußt ruiniert wird. Seit längerer Zeit läuft dort ein Großauftrag mit mehreren hundert Fahrtreppen (Rolltreppen) für Brüssel. Hier wird fast ausschließlich mit verzinktem Eisen gearbeitet. Das gibt durch die Zinkdämpfe, die hochgradig giftig sind, viel Gestank beim Schweißen. Alle Kollegen kennen die Folgen: Übelkeit, Kopfschmerzen usw. Den ganzen Tag lang hängen die Rauchschwaden in der Halle G, denn es fehlt eine vernünftige Lüftung. Nicht mal Schmutzgeld gibt es für diese Dreckarbeit. Was tun Geschäftsleitung und Gewerkschaft? Nichts! Betriebsrat, Betriebsarzt, Geschäftsleitung, sie alle kennen die Gefahr, haben sich das sogar selbst angesehen. Aber außer Beruhigungsworten und Vertröstungen ist von ihnen natürlich nicht viel zu erwarten. Neulich war nun jemand von der Behörde da, mit Meßgeräten und Tabellen, aber das war wohl mehr eine Pflichtübung, denn geschehen ist bis heute nichts. Thyssen hat eben kein Interesse, für unsere Gesundheit teures Geld auszugeben. Hauptsache ist, ihre Kasse stimmt und die Treppen werden fertig. Dabei wird Thyssen vom Betriebsrat unterstützt.

Rasches Wachstumstempo auf den Knochen der Kollegen

Liebe Genossen!

Ich arbeite bei der Fa. Mair in Stuttgart (Verlag und Druckerei von Shell-Atlas usw.), der größten Bogenoffsetdruckerei Süddeutschlands. Die „Stuttgarter Zeitung" bewunderte vor ein paar Wochen das „stürmische Wachstumstempo" vom Mair auch jetzt in der Krise. Woher dieses Wachstumstempo aber kommt, schreibt die bürgerliche Presse aber nicht. Daß der Mair 50% einer anderen Rollenoffsetdruckerei aufgekauft hat und daß auch jetzt nicht an „eine Ruhepause gedacht ist", stellt die „Stuttgarter Zeitung" als besondere unternehmerische Genialität dar. Ich will Euch ein paar Beispiele berichten, wie dieses Unternehmertum beim Mair aussieht.

Wir arbeiten bis zu 67 Stunden in der Woche und zwar 12-Stunden-Schicht und samstags sieben Stunden. Vor allem für die ausländischen Kollegen sehen die Geschäftsleitung und ihre Unteroffiziere das als selbstverständlich an. Die Kollegen werden nicht wegen der Überstunden gefragt, sondern kriegen mitgeteilt, von wann bis wann sie zu arbeiten haben. Und wenn man sagt, man kommt samstags nicht, dann muß man ellenlange Entschuldigungserklärungen abgeben. Ein Meister wollte neulich einem Kollegen, der samstags nicht arbeiten wollte, erzählen, daß er damit ja auch seinen Arbeitsplatz sichern würde. Das war in derselben, in der ein anderer Drucker zum letzten Mal beim Mair war. Diesem Kollegen und noch einem weiteren hatte die Geschäftsleitung nahegelegt, selbst zu kündigen. Ihre Arbeitsplätze waren nämlich wegrationalisiert Die Firma hat in dem Moment, in dem sie die Beteiligung an der Rollenoffsetdruckerei gekauft hatte, eine Zweifarben- und eine Vierfarbenmaschine verkauft, um sie durch eine neue moderne Roland-800-Vierfarbenmaschine zu ersetzen. Die zwei Drucker waren damit überflüssig. Der Hohn ist, daß gerade der Kollege, der jetzt durch „gegenseitiges Übereinkommen" praktisch geflogen ist, fast immer 12 Stunden am Tag gearbeitet hat. So sichern Überstunden Arbeitsplätze. Ein anderer entlassener Kollege hat letzte Woche seinen Arbeitsgerichtsprozeß gegen den Mair gewonnen. Der Mair muß 7000 DM Abfindung bezahlen, aber der Kollege hat überhaupt nichts davon, denn die Abfindung wird ihm gegen das Arbeitslosengeld, das er seit vier Monaten bezieht, aufgerechnet.

Wie groß die Arbeitshetze beim Mair ist, zeigt auch folgendes Beispiel. Vor zwei Wochen war die Delegation einer italienischen Druckerei bei uns im Betrieb zur Besichtigung. Sie wollten sehen, wie bei uns an den gleichen Maschinen gearbeitet wird. Der Geschäftsleitung der italienischen Druckerei ging es vor allem darum, statt bisher mit sechs Leuten zukünftig mit fünf an den großen Vierfarboffset-Maschinen zu arbeiten. **Bei uns schaffen an diesen Maschinen drei Kollegen.**

'Investitionszulagen'

Kassiert haben die Monopole

Im Dezember 1974 beschloß die Bundesregierung ein „Konjunkturprogramm", das laut Regierungspropaganda der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollte. Kernpunkt dieses „Konjunkturprogramms" war die sogenannte Investitionszulage, durch die die Kapitalisten angeblich bewegt werden sollten, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Inzwischen beweisen auch bürgerliche Wirtschaftsuntersuchungen, daß das reiner Betrug war.

Im Dezember 1974 schrieb der ROTE MORGEN zur Investitionszulage: *„Mit 7 bis 8 Milliarden sollen die ‚privaten Investitionen gefördert' werden. Für jede neue Maschine, für jedes neue Produktionsgebäude zahlt der Staat den Kapitalisten einen Zuschuß von 7,5% des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises. Aber investieren die Kapitalisten vielleicht, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern? Im Gegenteil: Sie investieren, um sich möglichst hohe Profite zu sichern und in der Überproduktionskrise heißt das in besonderem Maße, daß sie investieren, um den für Löhne aufzuwendenden Teil des Kapitals so gering wie möglich zu halten, sie rationalisieren Arbeitsplätze weg."*

Eine Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hat nun bestätigt, daß durch die Investitionszulagen tatsächlich keine Arbeitsplätze gesichert oder gar geschaffen, sondern nur die Profite der Monopole subventioniert wurden. So ermittelte das Ifo-Institut, daß der Löwenanteil der Milliardensubventionen den Monopolen einfach dafür in den Rachen geworfen wurde, daß sie ohnehin geplante Investitionen ein wenig vorzogen, um die 7,5% Investitionszulage zu kassieren. Ein weiteres Argument der Bonner Regierung, als sie die Investitionszulage beschloß, war, damit den von der Pleite bedrohten kleineren und mittleren Unternehmen zu helfen, um diese Arbeitsplätze zu erhalten. Das Ifo-Institut stellte dagegen eindeutig fest, daß gerade diese Unternehmen die Investitionszulage gar nicht wahrnehmen konnten, weil ihnen auch mit den 7,5% aus Bonn Investitionen gar nicht möglich waren. **Der Löwenanteil der Bonner Subventionen floß in die Kassen der Monopole.** Diese Milliarden, die den Werktätigen vom Staat als Steuergelder abgeknöpft wurden, wurden von den Monopolkapitalisten dazu benutzt, durch Rationalisierung die Arbeitshetze zu vergrößern, Arbeitsplätze abzubauen, weitere Kollegen auf die Straße zu werfen. Das war der Bonner Regierung von Anfang an genau so klar wie dem ROTEN MORGEN. Sie ist wie der ganze Staatsapparat ein Instrument der Monopole zur Ausplünderung und Unterdrükkung der Werktätigen.

Dieses Programm zur Sicherung der Profite der Monopolbourgeoisie, zur Ausplünderung der Werktätigen und zur Vergrößerung des Arbeitslosenheeres wurde auch vom DGB-Apparat unterstützt. Handelt es sich vielleicht um einen Irrtum der DGB-Führung, sind die Bonzen nur den Bonner Lügen auf den Leim gekrochen? — In einem Interview mit dem „Spiegel" läßt IG Chemie-Boß Hauenschildt keinen Zweifel daran, daß der DGB-Apparat sehr genau wußte, was er unterstützte und daß er auch in diesem Fall wie stets als Instrument der Monopole gegen die Arbeiterklasse handelte. Auf die Feststellung des „Spiegel", daß die Unternehmer ihren „finanziellen Spielraum" vorwiegend nutzten, „um ihre Betriebe zu rationalisieren, also Arbeitskräfte einzusparen", antwortete Hauenschildt: *„.... Aber dagegen kann man vernünftigerweise nichts einwenden, wenn Rationalisierung unsere Konkurrenzfähigkeit verbessert."*

Die Konkurrenzfähigkeit, von der Hauenschildt spricht, ist die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Monopole, denen er sich offensichtlich eng verbunden weiß. Wogegen dieser „Arbeitervertreter" nichts einzuwenden hat, sind die 1 Million Arbeitslosen in Westdeutschland. So zeigt auch das Beispiel der Investitionszulage, wie richtig es ist, was auf der Roten 1. Mai-Demonstration in Dortmund als Parole gerufen wurde: ***„Hand in Hand mit dem Ausbeuterstaat — der reaktionäre DGB-Apparat!"***

Empörung über Aussperrung

Fortsetzung von Seite 1

Madsack/Hannover stellte sogar die Forderung nach 220 DM monatlich auf. Beispiele dieser Art ließen sich noch viele anführen. Diese Forderungen sind nicht nur weitaus höher, sondern sie dienen auch der Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter, weil bekanntlich Festbeträge im Gegensatz zu den Prozent-Forderungen nicht dazu führen, daß die Lohnunterschiede unter den Kollegen noch weiter auseinanderklaffen. Diese Forderungen spiegeln den Willen der breiten Massen der IG DruPa wider. Die Bonzen wischten sie jedoch kaltlächelnd vom Tisch. Mahlein erklärte übrigens auf einer Mitgliederversammlung in Mannheim ganz offen, es sei notwendig, die bestehende Lohnstruktur gegen „Gleichmacherei" zu verteidigen.

Aber selbst die verräterische 9%-Forderung wollen die Bonzen in Wirklichkeit gar nicht durchsetzen und die Kollegen machten sich in dieser Hinsicht auch gar keine großen Illusionen. Die Schmierenkomödie der sogenannten „harten Verhandlungen" mit den „uneinsichtigen Vertretern der Arbeitgeber" ist ja sattsam bekannt. Mahlein und Co. haben die Urabstimmung nicht gemacht, um den Kampf gegen den Lohnraub wirklich zu organisieren, sondern sie sahen sich infolge der Unruhe und Kampfbereitschaft dazu gezwungen, damit sie nicht zu sehr von dem Einfluß, den sie auf Grund gewisser Illusionen unter den Arbeitern noch haben, verlieren. Daß anstelle der Organisierung der machtvollen geschlossenen Kampffront durch einen Streik aller Druckereiarbeiter von den Bonzen die abwieglerische Taktik der „Schwerpunktstreiks" eingeschlagen wurde, zeigt aber klar genug, daß Mahlein und Co. systematisch gegen einen wirkungsvollen Kampf arbeiten. Dazu gehört auch die Tatsache, daß Mahlein schon vor der Urabstimmung in Presse, Funk und Fernsehen zu erkennen gab, daß er die Absicht hat, um 6% abzuschließen. Vermutlich ist bei Erscheinen dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN die Sache bereits gelaufen. Warum posaunt Mahlein aber schon vorher den geplanten 6%-Lohnraub aus? Hat denn die IG DruPa nicht groß getönt: „Konsequent für 9 Prozent!"? Das ist keineswegs ein versehentlicher Ausrutscher von Mahlein! Es gehört zu den schmutzigen, heimtückischen Methoden dieser gerissenen, mit allen Wassern gewaschenen Arbeiterverräter, im gleichen Moment wo sie radikale Sprüche ausstoßen und sich als konsequente Gegner der Unternehmer ausgeben, planmäßig Resignation auszusäen und den Keim der Zersetzung in die Kampffront der Arbeiter zu tragen. Die Kapitalisten haben 5,4% geboten — 5,8% oder 6,0% sind jedoch im Grunde kaum mehr. Der Unterschied ist so gering, daß die Kampfentschlossenheit und der Schwung der Bewegung durch diese Forderung nicht gefördert, sondern unterlaufen wird. Das ist der Grund, warum Mahlein es nicht versäumt, die Arbeiter daran zu erinnern, daß die 9% ja nur eine „Verhandlungsforderung" sind, auf die man ja „keineswegs starr festgelegt ist".

Die D„K"P-Revisionisten spielen das niederträchtige Spiel der Gewerkschaftsführung zynisch mit. Es fällt ihnen nicht im Traum ein, die Massen über die Manöver von Mahlein und Co. aufzuklären. Scheinheilig rufen sie die Arbeiter auf, die 9%-Forderung zu unterstützen und „der Gewerkschaftsführung den Rücken zu stärken", obwohl sie sich natürlich völlig klar sind über das hinterhältige Manövrieren von Mahlein und Co. Gleichzeitig hetzen sie in übelster Weise gegen die Revolutionäre, gegen die Kommunisten der KPD/ML, weil diese den Kollegen die Notwendigkeit aufzeigen, sich von allen Illusionen über den Gewerkschaftsapparat freizumachen und selbständig, auf der Linie des revolutionären Klassenkampfes, gegen den Lohnraub zu kämpfen und sich in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenzuschließen.

Betriebszeitungen der KPD/ML zur Drucktarifrunde

Über 1000 Kollegen auf der Strasse

Im Raum Löhne (Kreis Herford) herrscht große Empörung über die Kreft-Pleite. Dieser Empörung wird mit großem Spektakel von Seiten der bürgerlichen Politiker und der örtlichen Presse entgegengetreten. Zu den von der Pleite betroffenen Kreft-Betrieben gehören die Möbelwerke: Löpoma, TKT und Westex mit etwa 1100 Kollegen. Die Berliner Betriebe BSW und MAB (mit ca. 600 Kollegen) sind bereits vom Berliner Senat saniert und übernommen worden.

Wie kam es zu dieser Pleite:

Kreft hat sich vor ca. 20 Jahren, als in der Wiederaufbauperiode alles auf vollen Touren lief, mit billigen Krediten und kommunal verbilligten Grundstücken als Möbellieferant von Versandhäusern schnell vergrößert und reichlich Profit einstecken können. Hinzu kam, daß er schnell und einfach zusammengezimmerte Möbel zu sogenannten Dumpingpreisen auf den Markt brachte und seinen Konkurrenten Kunden abjagen konnte. Doch damit gab sich Kreft nicht zufrieden. Er übernahm Möbelbetriebe im Ruhrgebiet (Primavera) und begann ein „neuartiges" Möbelversandsystem aufzubauen, durch das er eine Monopolstellung im Möbelhandel mit der DDR erreichen wollte. Als Kreft dann bemerkte, daß seine Profite nicht kurzfristig zu maximieren waren, ließ er alles wie eine heiße Kartoffel fallen, rettete was zu retten war und gründete einen neuen Betrieb. Er hatte ja schließlich mit seinen alten Projekten reichlich verdient.

Die Kollegen, über 1000, stehen allerdings mit leeren Händen da. Sie haben jahrelang geschuftet und stehen nun ohne einen Pfennig auf der Strasse.

Diese Pleite ist kein Einzelfall, das zeigen die Betriebsstillegungen und Pleiten auch in dieser Gegend deutlich. (Demag/Kalletal, Anker/Bielefeld, Felten & Guillaume/Herford etc) Erst wird auf „Teufel komm heraus" produziert und riesige Profite gemacht, lohnt es sich dann für die Kapitalisten nicht mehr, dann heißt es Konkurs anmelden oder Teilstillegungen, natürlich alles auf Kosten der Kollegen. Kreft ist dabei nicht das „schwarze Schaf", wie jetzt einige behaupten. Diese Pleite ist ein typisches Beispiel der kapitalistischen Produktionsweise.

Die bürgerlichen Politiker putzen sich als Volksvertreter heraus

Daß die bürgerlichen Politiker sich gerade jetzt als die besten Volksvertreter herausputzen wollen, kommt nicht von ungefähr. Kurz vor der Wahl wollen sie die Wogen der Empörung glätten und sich selbst als Retter in der Not herausstellen. Und sie wissen genau: bei einer Arbeitslosenquote von nahezu 10% im Raum Löhne kann sich der Unmut sehr schnell gegen sie und den kapitalistischen Staat wenden.

So ließen sie großspurig in der örtlichen Presse berichten, sie würden alles tun, um die Arbeitsplätze zu sichern. Heimische Politiker der bürgerlichen Parteien und örtliche Bankvertreter fuhren sodann zur Landesregierung nach Düsseldorf, um eine Zusicherung für eine Landesbürgschaft von 6 Mio. DM zu erlangen. Die Landesbürgschaft wurde zwar zugesichert, allerdings unter der Voraussetzung, daß Kreft dafür persönlich haften sollte. Kreft dachte natürlich nicht daran, denn seine Betriebe hätten auch mit der Landesbürgschaft nicht mehr genügend einbringen können. Warum noch persönlich dafür haften? Da begann er doch lieber neue, lohnendere Projekte.

Nun begann ein widerwärtiges Schauspiel, in dem jeder dem anderen die Schuld gab, um die wirklichen Ursachen, die in der kapitalistischen Produktionsweise zu suchen sind, zu verschleiern. Die SPD bezeichnete Kreft als den Alleinschuldigen und „Schwarzes Schaf". Er habe sich durch „falsche Unternehmenspolitik" verkalkuliert und wolle sich nun der Verantwortung entziehen. Die CDU fordert „endlich neue Formen, um in Not geratenen Firmen unproblematisch zu helfen". Und die Jusos schließlich fordern die Abschaffung der GmbH & Co Kg, denn ihrer Meinung nach liegt in solch undurchsichtigen Unternehmensformen die Misere begründet.

Kreft schiebt die Schuld auf die NRW-Regierung und die Banken, „die ihn kaputt gemacht haben". Er rühmt sich, besonders verantwortungsvoll zu sein, denn er habe ja schließlich in seinem neuen Betrieb weitere 250 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auf einer Betriebsversammlung erklärt Kreft, er sei von der Pleite genauso hart wie die Arbeiter getroffen worden und wolle trotzdem nichts für sich behalten. Daraufhin übergibt er demonstrativ seinen Firmenwagen (Mercedes) in die Konkursmasse.

Allerdings ging er daraufhin nicht zu Fuß nach Hause, er hatte noch einen zweiten Mercedes vor der Tür stehen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Gewerkschaftsjugend gegen Bonzendiktatur



Bei Bayer stehen die Jugendvertreterwahlen vor der Tür. Dazu schreibt „Klassenkampf", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Bayer, unter anderem:

Schmierenkomödien in mehreren Akten

In den letzten Jahren hat der Ortsjugendausschuß (OJA) jeweils vor den Jugendvertreterwahlen eine gewerkschaftliche Jugendversammlung einberufen, auf der die Kandidaten der IG Chemie durch Wahl aufgestellt wurden. Auch dieses Jahr wurde eine solche Versammlung einberufen. Aber gewählt wurde nicht ... Und das kam so:

Obwohl die alte Jugendvertretung sich nicht für die Jugendlichen eingesetzt hatte, befanden Weber (Betriebsrat) und seine Clique, daß sie noch nicht genug nach seiner Pfeife getanzt hatte. Um das zu ändern konnten sie natürlich nicht zum Arbeitskreis gehen oder zu einer Wochenendschulung, denn da sind ja aktive Gewerkschafter zu finden, dort gibt es eine starke Opposition gegen die Politik des reaktionären Betriebsrates und Gewerkschaftsapparates. Deshalb gingen Großmann und einige andere Ausbilder in Lehrwerkstatt und Lehrlabor auf die Suche nach einigen „unverseuchten", Leuten und fanden antikommunistisch eingestellte Jugendliche, die sie vor ihren Karren spannen wollten. Schnell wurden diese Jugendlichen gesammelt, einige extra neu in die Gewerkschaft aufgenommen. Es gab eine gesonderte „Schulung", die Betriebsrat Großmann selber durchführte, und schon hatte man die passenden Kandidaten für die Jugendvertrerwahl parat. Auf der gewerkschaftlichen Jugendversammlung tauchten dann sage und schreibe neun Betriebsräte auf, die abwechselnd mit bekannter Demagogie Krokodilstränen darüber vergossen, wie untätig die bisherige Jugendvertretung war.

Doch da hatten sie die Rechnung ohne die Jugendlichen gemacht. Anstatt für sich und ihre Schützlinge Stimmung machen zu können, ernteten sie nur eine Woge von Protesten. Ausgerechnet der reaktionäre Betriebsrat will uns erzählen, wie man Jugendpolitik macht. Eine ganze Reihe von Kollegen meldete sich zu Wort und verurteilte das Vorgehen des Betriebsrates. Es wurdern Beispiele für die reaktionäre Politik des Betriebsrates erzählt. Schließlich sprach man diesen Betriebsräten ganz das Recht ab, die Jugendvertretung zu kritisieren. ...

Auf einmal hatten die örtlichen Gewerkschaftsvertreter gar keine Lust mehr, eine demokratische Wahl der Kandidaten durchführen zu lassen. Die Mehrheitsverhältnisse waren ihnen zu eindeutig. Betriebsrat Lock konnte nur noch kleinlaut feststellen, daß er in den Anwesenden ‚kein Forum' fände, und Weber hatte außer Drohungen nur noch die Feststellung auf Lager: ‚Weltanschaulich trennen uns Welten'. Auf die Bayer-Jugendlichen bezogen, hatte er damit sicher recht. ...

Aber es sollte noch doller kommen: 2 Wochen später trafen sich die jugendlichen Gewerkschafter von Bayer zu einer Versammlung, die wieder zum Zweck der Wahl der Kandidaten einberufen wurde. Die Betriebsratsclique erschien wieder in alter Besetzung und verhinderte in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsstellenvorstand eine demokratische Wahl der Kandidaten. Als Begründung sollte diesmal die Satzung der IG Chemie herhalten. Danach haben Mitgliederversammlungen wie diese kein Beschlußrecht. Die Aufstellung von Kandidaten sei Sache des Verwaltungsstellenvorstandes. Mit der gleichen Begründung wurde noch nicht einmal zugelassen, daß die Jugendliche über Vorschläge aus ihren Reihen abstimmten. ... Die ganze Versammlung wurde sogar für illegal erklärt, weil sie keine satzungsgemäße Tagesordnung habe."

Anhand dieser Vorfälle ruft „Klassenkampf" die Jugendlichen auf, sich gegen den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat zusammenzuschließen und für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu kämpfen.

Klöckner-Hütte

Offener Brief eines alten Kommunisten

Einem Flugblatt des Arbeiter Komitee Klöckner entnahmen wir den folgenden offenen Brief eines Altgenossen an den Betriebsratsvorsitzenden bei Klöckner, Heinz Röpke, hoher Funktionär der D„K"P. Wie im letzten ROTEN MORGEN berichtet wurde, hatte Röpke seine Zustimmung zu der fristlosen Entlassung des kommunistischen Arbeiters Michael W. gegeben, — mehr noch: Röpke gehört selbst zu den Initiatoren dieser politischen Entlassung. Wir mußten an dem Text aus Platzgründen kleine Kürzungen vornehmen.

Ich brauche mich nicht lange vorzustellen, wir kennen uns seit über 20 Jahren. Du warst damals Mitglied der Freien Deutschen Jugend, die 1951 verboten wurde, und ich war Verbindungsmann der KPD zur FDJ. Ich hatte damals die Aufgabe, die Mitglieder der FDJ, die damals alle noch unter 20 waren, zu revolutionären Arbeitern zu erziehen.

Heute unterhält man sich in Gröpelingen über deine Tätigkeit als Betriebsrat bei der Klöckner-Hütte, und insbesondere unterhält man sich darüber, daß du mit deinen Kollegen vom Betriebsrat ohne jeden Grund den Arbeiter Michael Weisfeld um seinen Arbeitsplatz gebracht hast. (...)

Wir haben einen ähnlichen Fall bei AG Weser. Dort hatte ein Kollege auf einer Roten Betriebsratsliste kandidiert und war fristlos entlassen worden. Er trug vor 2 Instanzen des Arbeitsgerichts einen Sieg über die Betriebsleitung der AGW davon. Er wurde trotzdem nicht in den Betrieb hineingelassen. Die Gummiparagrafen der Arbeitsgerichtsbarkeit lassen eine Revision zu, und es wird Jahre dauern, bis das Bundesarbeitsgericht sich bemüht, ein endgültiges Urteil zu finden.

Dir persönlich muß ich sagen: es ist einfach jammervoll, daß ihr als gesamter Betriebsrat für die Entlassung dieses Kollegen gestimmt habt. Und noch trauriger ist es, daß du der Vorsitzende dieses Betriebsrates bist. Es hat sich erwiesen ..., daß die Entlassung ausschließlich darauf zurückzuführen ist, daß der Kollege den Mut hatte, auf einer Betriebsversammlung seinen Standpunkt zu vertreten — einen Standpunkt, der euch nicht behagte, und einer deiner Kollegen hat verschiedentlich versucht, dem Kollegen durch Abstellen des Mikrophons das Wort zu entziehen.

Wenn man sich heute überlegt, was eigentlich aus euch, aus denen wir klassenbewußte Arbeiter oder gar Führer der Arbeiterschaft erziehen wollten, geworden ist, dann kann man nur noch das Weinen kriegen. Sicher ist, daß du nie ein Held gewesen bist, aber daß du nicht einmal bereit bist, die Interessen deiner Kollegen zu vertreten, spricht für sich.

Allerdings braucht man sich darüber nicht zu wundern, welchen politischen Weg du gegangen bist, wenn man sieht, daß du auf einer Liste für die Bürgerschaftswahlen, an deren Spitze ja der uns beiden gut bekannte Hermann Gautier stand, kandidiert hast. Dir hat es noch nicht einmal etwas ausgemacht, daß man in Bremen in der bürgerlichen Presse lesen konnte, Hermann Gautier hätte erklärt, über den Sozialismus könne man sich unterhalten, wenn man 50% plus 1 der Stimmen hätte. Daß so etwas von einem Kommunisten wie dir oder Hermann Gautier von sich gegeben wird, spricht für sich. Du hast doch in der FDJ gelernt, daß der Genosse Ernst Thälmann wiederholt erklärt hat, daß der Klassengegner nur durch den revolutionären Aufstand zu beseitigen ist. Und jeder Tag, den der Vater von Herman Gautier bei Missler — dem ersten Konzentrationslager in Bremen — zugebracht hat, war verloren, wenn man sich überlegt, was aus euch geworden ist.

Ich kann mir gut vorstellen, mit welcher Katzbuckelei du einen von der Werksleitung begrüßt, wenn er dir irgendwo auf der Straße begegnet oder wenn du dich mit ihnen an den Verhandlungstisch setzt. Dabei weißt du genau, der alte Betriebsrat von der Norddeutschen Hütte hätte sich nie und zu keiner Zeit dazu hergegeben, einen Arbeitskollegen um seinen Arbeitsplatz zu bringen; er wäre auch nie einer Diskussion mit Andersdenkenden aus dem Wege gegangen.

Welche Gefahr ihr eigentlich seid für die kämpfende Arbeiterschaft, das sieht man an all diesen Vorkommnissen. Und es war unser Glück, daß nicht Leute eurer Sorte mit uns zusammen im Widerstandskampf gestanden haben, dann wäre nämlich von uns niemand mehr übrig geblieben. Und wenn ihr euch überlegt, daß ihr die Nachfolger derjenigen sein wollt, die ihr Leben hergegeben haben für ihre Weltanschauung und für ihre Einstellung, dann müßtet ihr euch eigentlich schämen. Aber das ist offenbar ein Begriff, der in eurem Lexikon nicht drin steht. Im Gegenteil, ich bin überzeugt davon, daß ihr bereit seid, Vater und Mutter zu verraten, und ich stelle mir die Frage, wann der Tag kommen wird, an dem du mir den Verfassungsschutz auf den Hals hetzen wirst und ich wieder, wie als junger Mensch, als politischer Häftling ins Gefängnis wandern werde. (...)

Und seid euch darüber im Klaren: eines Tages wird die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten den Kampf gegen den Klassenfeind aufnehmen, nach dem Motto Karl Liebknechts: **und wenn sie uns in Stücke schlagen, wir sind da, und wir bleiben da, trotz alledem!**

Arthur Erich

Umsatzsteigerung durch Entlassungen!



Die Produktion verdoppeln, aber die Zahl der Arbeiter verringern — dieses Rationalisierungskunststück wird gerade unter dem Beifall der bürgerlichen Presse, der Regierung und der Gewerkschaft von Siemens vorgeführt. Vor allem im vergangenen Jahr wurden — hauptsächlich in den Bereichen Nachrichten- und Datentechnik — umfangreiche Entlassungen vorgenommen, und es arbeiteten in den Inlandbetrieben mehr als 30000 Kollegen kurz. Das führte aber keineswegs zu einem Rückgang des Umsatzes — im Gegenteil. Und der Geschäftsführer des Unternehmensbereiches Fernschreib- und Datenverkehr, Spiegel, teilte mit, daß Siemens im laufenden Geschäftsjahr eine weitere Umsatzsteigerung von 755 Millionen DM auf 860 Millionen DM im Fernschreibergeschäft erwarte. Diese Steigerung muß fast vollständig von den Kollegen geleistet werden, die jetzt noch in diesem Bereich beschäftigt sind. Bei dem Umzug der Fernschreiberfertigung vom Wernerwerk nach Mariendorf sind bereits einige hundert Kollegen auf die Straße gesetzt worden. Das geschieht unter allen möglichen Vorwänden: wer die weite Anfahrt von Spandau nach Mariendorf nicht auf sich nehmen will, fliegt halt raus. In der neuen Halle, die gerade auf Wernerwerk-Gelände fertiggestellt wird, soll die Produktion des neuen Fernschreibers „1000" 1977 in Serie aufgenommen werden. 50 Millionen werden dafür investiert. Beträchtliche Teile von dieser Summe werden vom Staat finanziert, z. T. über „Berlin-Hilfe", oder über „Investitionsbeihilfe" Abschreibevergünstigungen usw., die uns als „wirtschaftlich notwendige Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze" oder sogar „zur Schaffung neuer Arbeitsplätze" verständlich gemacht werden sollten. Auf einer Pressekonferenz anläßlich der Vorstellung des Fernschreibers „1000" stellte Siemens hierzu nur kurz und bündig fest, daß durch diese Investitionen von 50 Millionen DM keine neuen Arbeitsplätze geschaffen würden. — Ein Märchen also, daß die „Investitionen von heute die Arbeitsplätze von morgen" seien!

Meldungen aus den Betrieben

KÖLN/NIPPES

Die Stadtteilzelle Nippes der KPD/ML führte vor kurzem eine Solidaritäts- und Diskussionsveranstaltung gegen die Schließung des zu F&G gehörigen Werkes „Land und See" durch. Es sprach der Rote Betriebsrat Gerd Coldewey vom F&G-Werk Nordenham. Betriebsrat Coldewey versicherte den Kollegen seine volle Solidarität für den Kampf gegen die Schließung von „Land und See" und versprach, seine Kollegen in Nordenham für die Unterstützung des Kampfes zu gewinnen. Solidaritätsgrüße richteten auf der Veranstaltung auch zwei Betriebsräte der Roten Liste von KHD Köln an die Kollegen von „Land und See". Ein Kollege des F&G-Werkes in Köln-Porz berichtete, daß die Kollegen seiner Schicht versprochen haben, Geld zu sammeln, wenn die Kollegen von „Land und See" in den Streik treten.

Revisionistisches

SOWJETISCHES WUNDER IN DER UKRAINE

Wollte man der Propagandamaschine der Sowjetrevisionisten Glauben schenken, so werden in der Sowjetunion täglich Wunder vollbracht. Zwei davon existieren offensichtlich in der Ukraine: die beiden bisherigen Vizeminister für Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, I. Krawtschenko und N. Daniljak. Beide errangen einen wissenschaftlichen Akademikertitel nach dem anderen. Ist im allgemeinen für wissenschaftliche Arbeiten viel Zeit notwendig, so rührten diese beiden so gut wie keinen Finger. Man könnte annehmen, sie seien beide besonders begabt. Doch nicht genug damit vollbrachte Vizeminister Krawtschenko sogar das Wunder, an zwei Orten zugleich zu sein: Während er sich nämlich gerade in einer schweren Prüfung für einen Akademikertitel in Fremdsprachen befand, war er zugleich auch noch an einem anderen Ort im Land auf Dienstreise. Hatte der Herr Minister etwa auch die Kunst der „schwarzen Magie" studiert?

Nun, wie alle sowjetischen „Wunder" fand auch diese seine natürliche Erklärung: schlicht und einfach Betrug. Wie die Zeitungen berichten, machte der „Herr Minister" nämlich seine Examen nicht etwa selbst, sondern ließ sie von seinen untergebenen Beamten des Ministeriums anfertigen. Im Laufe von fünf Jahren haben sie ihm „eine ganze Bibliothek" von Arbeiten verfassen müssen, die alle unter seinem Namen erschienen. Sein Ministerkollege Daniljak war auch nicht faul, wollte da natürlich nicht hintanstehen: für seine „Doktorarbeit" ließ er sich „seine" wissenschaftlichen Ausarbeitungen von gleich zwei wissenschaftlichen Hochschulen ausarbeiten, sowie von einem ganzen elektronischen Rechenzentrum. Daß dies geschehen ist, ist für die „Prawda" natürlich wieder ein „Wunder". Doch „Wunder" geschehen alltäglich in der Sowjetunion. Insbesondere solche sind der alltägliche Ausdruck der vollständigen Verkommenheit der sowjetischen Revisionisten.

EIN BUSSCHAFFNER: „VOR DENEN SOLLTE MAN SICH HÜTEN"

Korrespondenz — Am Sonnabend, als das SDAJ-Festival stattfand, fuhr ich wie gewöhnlich abends mit dem Bus nach Hause. Plötzlich trat von der Seite ein junger stockbetrunkener D„K"Pler auf mich zu. Er hielt mir einen Handzettel der KPD/ML zu dem Festival der Revisionisten unter die Nase. Auf dem Handzettel wurde der sozialfaschistische Charakter der Revisionisten entlarvt. Zur Kennzeichnung dessen war auch ein Hakenkreuz abgebildet, in dessen Mitte der Kopf des Revisionistenführers Mies prangte. Der D„K"Pler forderte mich auf, ich sollte mich davon distanzieren. Als ich das aber nur bestätigte, griff er mich und schrie im Bus herum, ich hätte ihn einen „Hitler-Faschisten" genannt. Noch im Sitzen wehrte ich ihn ab. Die Leute im Bus und ein Busangestellter drängten ihn beiseite. Doch er schrie weiter: „Ich werde Dich totschlagen", „Ich fahr mit bis zu Dir und mache Dich dann fertig!" Meine Begleiterin war sehr erschrocken. Schließlich gelang es jemandem der Revisionisten zum Aussteigen zu bewegen. Der Busangestellte fragte mich anschließend noch über den Vorgang und meinte anschließend, daß man sich vor diesen Leuten hüten sollte.

Mit diesem kleinen Vorfall kann man den Charakter dieser Revisionisten gut erkennen: Verkommen bis ins Mark, mit sozialfaschistischem Geist durchdrungen und voll blindwütigem Haß auf die wahrhaft marxistisch-leninistische Partei in Ost und West, die KPD/ML.

Ein Genosse aus Oberhausen

Frankreich
Das Volk schliesst sich im Kampf zusammen

„Wir wollen keine Sklaven des Kapitals sein", und „Der Mai wird heiß, heiß, heiß", skandierten 50 000 Studenten, die am 23. April durch Paris demonstrierten. Wie schon in den Wochen vorher, kam es auch bei dieser Demonstration zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den Zug in hinterhältiger Weise überfiel.

An 30 Universitäten sind die Studenten in den Generalstreik getreten. Sie kämpfen gegen die neue „Hochschulreform" der Regierung, die das Universitätsstudium vollständig auf die Bedürfnisse der Großindustrie ausrichten und den Kapitalisten direktes Mitspracherecht in den Entscheidungsgremien der Hochschulen zugestehen will. Mit ihrer Entscheidung zum Generalstreik folgten die Studenten der Linie des revolutionären Klassenkampfes. Auch die Kommunistische Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten hatte am 3. April zum Generalstreik aufgerufen.

Bereits Anfang des Monats demonstrierten mehrere tausend Studenten in Toulouse, Grenoble, Brest, Lille und anderen Städten. Mit brachialer Gewalt ging die Polizei gegen sie vor. In Clermont-Ferrand kommt es am 10. April zur ersten bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Polizei und Studenten. Vier Polizisten werden verletzt. In Rennes gibt es am gleichen Tag ebenfalls Verletzte bei einer Massendemonstration. Die Demonstration in Paris wird vom Polizeichef von vornherein verboten. Um schon eine Aufstellung der Demonstranten zu verhindern, ist der Sammelplatz vollständig von Polizei abgeriegelt, Polizei säumt auch die gesamte Demonstrationsroute. Trotzdem versammeln sich mehr als 3000 Studenten vor der Bastille und führen eine Kundgebung durch. Anschließend besetzen sie das Rektorat der Sorbonne, das nach mehreren Stunden von der Polizei freigeknüppelt wird. An den Schulen kommt es zu ersten Solidaritätsstreiks. Innerhalb der nächsten zehn Tage nimmt der Kampf qualitativ und quantitativ zu. Am 17. 4. demonstrieren bereits 50000 in Paris und weitere 50000 Studenten in den anderen Universitätsstädten Frankreichs. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei dauern in Paris bis spät in die Nacht. Mehrere hundert Studenten werden verhaftet. Eine Woche später sind wieder 50000 auf der Straße, inzwischen



Eine Massendemonstration von Studenten und Schülern gegen die reaktionäre „Hochschulreform" der Regierung.

haben sich viele Schulen, Gymnasien, Fachschulen und Lehrer dem Kampf angeschlossen.

Zweifellos ist der Streik der Studenten heute einer der größten und wichtigsten Kämpfe in ganz Frankreich. Aber es ist keineswegs so, wie die bürgerliche Presse es hinstellt, als seien wieder einmal die Studenten die „Unruhestifter", während das übrige Volk gern in Ruhe und Klassenfrieden leben möchte. Es gibt heute in Frankreich kaum eine Stadt, kaum einen Landbezirk, in dem nicht gekämpft wird. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben große Teile der Bevölkerung ins Elend gestürzt. Seit mehr als einem Jahr führen die französischen Werktätigen gegen diese Verelendung einen ständigen Kampf. In manchen Betrieben dauert der Streik schon mehrere Wochen, viele Betriebe sind besetzt. Wirft man einen Blick in die Zeitung „L'Humanité Rouge", Zentralorgan der Kommunisten/Marxisten-Leninisten, so kann man sich ungefähr das Ausmaß dieser Kämpfe vorstellen: Mehrere Betriebe von Peugeot werden bestreikt, heißt es etwa am 2. April. In Beaulieu besetzen Arbeiter ihre Fabrik, trotz der Polizeiabsperrung. In allen Peugeot-Betrieben steht Polizei, die Kollegen weigern sich deshalb weiterzuarbeiten. In Brétigny halten Kollegen ihre Fabrik besetzt und verteidigen sie gegen anrückende Polizei. Der Streik bei Amora ist bereits der längste seit 1932. In Toulouse und Umgebung stehen 65000 Bauarbeiter im Generalstreik. Zum ersten Mal seit 1968 legt eine Abteilung bei Renault in Billancourt die Arbeit nieder. Die Uhrenfabrik LIP in Südfrankreich, die 1973 einen beispielhaften Kampf gegen die Werksstillegung geführt hatte, liegt ebenfalls still.

Und nicht nur in den Betrieben stehen die Arbeiter im Kampf. Auch die Bauern, vor allem die Weinbauern in Mittelfrankreich, setzen ihre Kämpfe verstärkt fort. Zehntausende demonstrieren gegen die



Demonstration der KPF/ML und anderer Organisationen für die Freilassung von vier Marxisten-Leninisten, die wegen angeblicher Mitgliedschaft in der KPF/ML eingekerkert sind.

Verhaftung eines Winzers, den die Polizei bei Nacht und Nebel aus seinem Bett heraus verhaftet und nach Marseille ins Gefängnis schleift, weil sein Bild in der Zeitung abgedruckt war. Jetzt versucht die Klassenjustiz ihm einen Mord anzuhängen — den Tod eines Polizisten, der während einer Demonstration der Weinbauern im März erschossen worden war. Auch die ausländischen Arbeiter, die von der Firma Sonacotra, einer Baugesellschaft, mit Wuchermieten ausgebeutet werden, befinden sich seit Wochen im Mieterstreik.

Ob in Krankenhäusern oder in Textilfabriken, ob in der Schwerindustrie oder der Landwirtschaft: Die Arbeiter wollen nicht mehr leben wie bisher. Der Haß auf das kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückersystem hat einen neuen Siedepunkt erreicht. Oft genügt eine scheinbare Bagatelle, um den Anstoß zum Kampf zu geben. Als beispielsweise in der Fabrik Aluva ein Werksarzt einen arabischen Arbeiter mit einer rassistischen Bemerkung anpöbelt, tritt sofort die gesamte Belegschaft in einen mehrstündigen Warnstreik. Meist beginnen diese Kämpfe als Streik um Lohnforderungen, für die 40-Stunden-Woche oder gegen Entlassungen. Immer häufiger aber weiten sie sich mit dem Eingreifen der Polizei aus. Wo der reaktionäre Staatsapparat ihnen entgegentritt, antworten die Arbeiter mit revolutionärer Gewalt. In Betrieben und Wohnvierteln kommt es zu Auseinandersetzungen mit den „flics". Am 30. 3. kämpfen die Arbeiter von Roche la Molière gegen bewaffnete Polizei, die mit Hunden anrückt, um das Werk zu entsetzen. Die Mieter von Sonacotra schlen bereits in einem wochenlangen Kampf gegen die Polizei. Spitzel und Provokateure versuchen, Feuer in die Gebäude zu legen, Schlägereien zu provozieren. Vor drei Monaten wurde ein ausländischer Arbeiter bei Schlägereien mit der Polizei so schwer verletzt, daß er starb. Als Mitte April 16 ausländische Kollegen nachts aus den Betten gerissen und abgeschoben werden, organisieren die Mieter von Sonacotra eine Protestdemonstration, an der sich 15000 Menschen beteiligen. Auch das Politbüro der illegalen Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten sendet eine Solidaritätserklärung.

Je mehr der Staatsapparat mit reaktionärer Gewalt versucht, die Kämpfe zu unterdrücken, desto mehr schließen sich auch die verschiedenen Schichten des Volkes zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Die Sache der Weinbauern in Mittelfrankreich ist die Sache ganz Frankreichs. Überall im Land gibt es Solidaritätsdemonstrationen, 415 fortschrittliche Dorfbürgermeister treten aus Protest zurück. Die Studenten in ganz Frankreich erklären sich solidarisch mit den Mietern der Sonacotra. Als die Simon-Arbeiter in Cherbourg, die seit zwei Wochen ausgesperrt sind, in Geldschwierigkeiten kommen, organisieren die Bauern der Umgebung Billigverkäufe, um den Kampf zu unterstützen.

In all diesen Kämpfen spielen die modernen Revisionisten der „K"PF und ihre Gewerkschaft CGT eine niederträchtige, spalterische Rolle. Sie waren es schon 1968, die die verrottete Bourgeoisie an der Macht hielten, sie versuchen das gleiche auch heute. So versuchte etwa die revisionistische CGT den wochenlangen Kampf der Bauarbeiter von Toulouse abzuwürgen, indem sie mit den Kapitalisten einen Lohnabschluß von 7% aushandelte. Aber die Revisionistenhäuptlinge hatten sich geirrt: Es wurde weitergestreikt und eine große Demonstration für höhere Löhne durchgeführt. Auch von den Studenten erhalten die Revisionisten Schlag auf Schlag. In Paris etwa denunzierte ein revisionistischer Funktionär mehrere Führer der Studentenbewegung, gegen die daraufhin ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. In Dijon kommt es zu schweren Schlägereien zwischen den modernen Revisionisten und revolutionären Studenten, die antirevisionistische Losungen rufen. Die Studenten tragen Transparente, in denen die revisionistische Studentenorganisation entlarvt wird, bei der Wahl zur Leitung einer Fakultät der Pariser Sorbonne werden Revisionisten und Trotzkisten klar zurückgeschlagen. Zu offensichtlich ist ihr Geschäft des Verrates. Auch die Streikenden von Sonacotra weisen die Revisionisten mehrmals aus ihren Versammlungen und boykottieren Veranstaltungen der „K"PF.

Dennoch wäre es ein schwerer Fehler, den Einfluß der modernen Revisionisten in der Arbeiterbewegung zu unterschätzen. Zigtausende von Kollegen haben ihren Verrat noch nicht durchschaut und folgen ihren Losungen im Glauben, für den Kommunismus zu kämpfen. Nur zu oft gelingt es ihnen noch, die Wut der Arbeiter, Bauern und der anderen Werktätigen zu dämpfen, ihren Kampf vorzeitig abzuwürgen. Das ist der Grund, warum die französische Bruderpartei, die Kommunistische Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten, unermüdlich darum kämpft, den modernen Revisionismus zu schlagen und die „K"PF politisch unter den werktätigen Massen zu isolieren. Und zweifellos zeigt die Entwicklung des Generalstreiks der Studenten und anderer Kämpfe in den letzten Wochen, daß die KPF/ML in diesem Kampf Erfolge zu verzeichnen hat.

Diese Erfolge erschrecken die französische Bourgeoisie und ihre Agentur in der Arbeiterbewegung, die „K"PF. Seit Jahren schon kämpft die französische marxistisch-leninistische Partei unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität. Sie wurde nach den revolutionären Kämpfen im Mai 1968 auf Betreiben der modernen Revisionisten verboten. Gerade in der letzten Zeit, mit dem Anwachsen der Kämpfe, hat die Polizei die Verfolgung der KPF/ML verschärft. In Lorient werden drei Genossen verhaftet und mehrere Tage gefangengehalten. Genosse Le Gall sitzt noch immer im Gefängnis. Sie sollen wegen „Aufbaus einer verbotenen Partei" vor das Staatsschutzgericht gezerrt werden. Auch auf Genossen der Kommunistischen Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten startet die Polizei mehrere Überfälle. Ein Aufruf zur Solidarität, den die Zeitung „L'Humanité Rouge" und ein Solidaritätskomitee überall verbreiten, findet breiten Widerhall. Die Studenten in Toulouse verabschieden auf einer Vollversammlung eine Solidaritätserklärung — nur die modernen Revisionisten enthalten sich der Stimme. In Rennes organisiert die Partei eine Demonstration. Viele revolutionäre Organisationen unterzeichnen den Aufruf.

Der revolutionäre Klassenkampf in Frankreich geht einem neuen Höhepunkt entgegen.

Vom Aufbau des Sozialismus

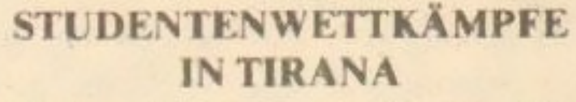
ALBANIEN: TAG DER PIONIERE

Der 21. April wird in Albanien als Tag der Pioniere, der Kinder zwischen dem 9. und 14. Lebensjahr, gefeiert. Dieses Fest, das in den Jahren der Volksmacht zu einer Tradition geworden ist, wird von den albanischen Kindern mit größter Fröhlichkeit begangen.

Aus diesem Anlaß veranstalteten die Schüler der Achtjahrschulen Ausflüge aufs Land zu historischen und touristischen Zentren. Treffen fanden statt mit Veteranen des Nationalen Befreiungskampfes und mit Werktätigen, die zur Vorhut des Volkes gehören. Die Schüler gaben unter anderem schöne Vorstellungen mit Liedern und Tänzen, die dem glücklichen Leben im sozialistischen Vaterland gewidmet waren. Auch verschiedene Sportveranstaltungen wurden organisiert. Dieser Tage fand in Shkodra das 14. Nationale Kinderlied-Festival statt. An diesem Festival beteiligten sich etwa 300 Kinder aus 20 Bezirken des Landes. Die Kinder sangen voller Liebe für die Partei der Arbeit Albaniens, die sich so sehr um ihre Erziehung und das Glück des Volkes kümmert. Das Festival wurde eröffnet mit den Liedern: „Für das große 35. Jahr" und „Unsere neue Verfassung".

Der Tag der Pioniere wurde in diesem Jahr im Rahmen des 35. Jubiläums der Gründung der Partei der Arbeit gefeiert. Diesem Jubiläum zu Ehren stehen die albanischen Pioniere in der revolutionären Bewegung im Wettbewerb für den Titel „Vorhutpioniere des 35. Gründungstages der Partei". Um diesen hohen Titel zu erwerben, haben sie sich die Aufgabe gestellt, die besten Noten in der Schule zu erhalten, sich in und außerhalb der Schule mustergültig zu benehmen und sich die hohen revolutionären Eigenschaften der Arbeiterklasse anzueignen.

Im sozialistischen Albanien wird der Erziehung der Kinder große Aufmerksamkeit gewidmet. Alle Kinder gehen in die Schule. In Albanien ist die Achtjahrschulpflicht eingeführt. Nach Beendigung der Schule können die Kinder die Höheren Schulen und später die Hochschulen besuchen. Für die Kinder hat der Staat auch ein breites Netz außerschulischer Einrichtungen errichtet wie Pionierpaläste, Heime und anderes. Die Sommerferien verbringen Tausende Kinder einen Monat lang in den Ferienheimen in den schönsten Kurorten des Landes, an den Seen und in den Tannenwäldern der Berge. Der Großteil der Ausgaben für diese Ferienheime wird vom Staat getragen.



STUDENTENWETTKÄMPFE IN TIRANA

Einige Tage lang fanden in Tirana die 11. Nationalen Studentenwettkämpfe statt, die ihm Rahmen des 35. Gründungsjahres der Partei veranstaltet wurden. Ungefähr 2000 Teilnehmer, darunter 700 Mädchen demonstrierten jugendliche Kraft, Geschicklichkeit, Schnelligkeit und Dynamik in sieben Sportarten. 16 Rekorde früherer Studentenwettkämpfe wurden verbessert, und 210 Teilnehmer erhielten Sportauszeichnungen. Die 11. Nationalen Studentenspiele waren erneut ein Ausdruck der guten Arbeit, die an den Hochschulen des Landes geleistet wird, um nicht nur Kader mit guten wissenschaftlichen Kenntnissen auszubilden, sondern auch körperlich starke, zur Arbeit und Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes fähige Jugendliche.

Neue Anzeige gegen Günters Mörder

Kampf den Polizeilügen

Auf der Grundlage des neuen medizinischen Gutachtens von Professor Krauland hat Genossin Rotraut Routhier, die Witwe unseres von der Polizei erschlagenen Genossen Günter, eine neue Mordanzeige gegen 25 Polizisten erstattet, die am Überfall auf die Zuschauer des Arbeitsgerichtsprozesses beteiligt waren. Die erste Anzeige war niedergeschlagen worden.

Daß Genosse Günter von der Polizei erschlagen worden war, das hat unsere Partei von Anfang an erklärt, und am Beispiel dieses Polizeimordes aufgezeigt, welche Funktion der bürgerliche Staatsapparat und seine Polizei haben. Diese Enthüllung hatte unter vielen fortschrittlichen und revolutionären Menschen große Empörung und Solidarität ausgelöst. Deshalb versuchte die Bourgeoisie, die Verbreitung der Wahrheit mit allen Mitteln zu verhindern.

Bei allen Anzeigen und Prozessen stützte sich die Klassenjustiz hauptsächlich auf das gerichtsmedizinische Gutachten, das unmittelbar nach Günters Tod angefertigt wurde. Auch die Mordanzeige gegen die Polizisten wurde unter Hinweis auf dieses Gutachten niedergeschlagen. Weiß man aber, unter welchen Umständen damals die Obduktion durchgeführt wurde, dann kann man sich leicht denken, zu welchem Ergebnis sie kam: Anwesend waren allein Staatsanwalt und Polizisten. Wen wundert es da noch, daß Professor Adebahr, der damals das Gutachten anfertigte, zu dem Ergebnis kam, Günters Tod habe mit den Schlägen der Polizei absolut nichts zu tun.

Nun glaubt natürlich kein Mensch daran, daß ein Mann erst, wie es bei Genossen Günter geschah, erst von der Polizei bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt, dann zusehends kränker wird und schließlich an Gehirnblutung stirbt, „zufällig" und „überraschend" gestorben ist, wie das Gutachten von Adebahr weismachen will. Die Empörung über diesen Mord war und ist groß.

Mit dem neuen Gutachten von Professor Krauland, das nachweist, daß Genosse Günter an den Folgen körperlicher Mißhandlungen starb, hat die Klassenjustiz nun ihren letzten scheinwissenschaftlichen Beweis für die „Unschuld" der Duisburger Polizisten verloren.

Natürlich ist dieses neue Gutachten keine Garantie dafür, daß die Bourgeoisie den Prozeß gegen Günters Mörder führen wird, und schon gar nicht dafür, daß sie bestraft werden. Im Gegenteil! Die Erfahrung zeigt, daß die Klassenjustiz eine neue Taktik einschlagen wird, um ihre Polizeibüttel zu schützen und Revolutionäre zu verurteilen. Auf die Anfrage eines Redakteurs der WAZ erklärte der stellvertretende Polizeipräsident von Duisburg, Rubröder: *„Die Beamten handelten in rechtmäßiger Amtsausübung. Wenn sich Routhier wirklich eine Verletzung bei dem Einsatz zugezogen hat, hat das nichts mit der Frage zu tun, ob sich die Beamten schuldig gemacht haben."*

Natürlich ist es der Bourgeoisie nicht recht, wenn sie heute so offen sprechen muß. Natürlich wäre es ihr lieber, ihr Märchen vom „natürlichen Tod" Günters würde geglaubt. Denn je besser es uns gelingt, ihr wahres Gesicht vor den Massen zu entlarven, desto mehr steigt die Solidarität und die Unterstützung, die wir in unserem Kampf finden. Das hat sich in den letzten Wochen gezeigt, als die Partei und andere Organisationen mit Hilfe des Krauland-Gutachtens ihre Agitation und Propaganda verstärkten. Viele fortschrittliche Menschen unterzeichneten eine Erklärung, in der eine neue Untersuchung gefordert wird, in mehreren bürgerlichen Zeitungen erschienen Artikel dazu. Auch im Ausland erregte der Fall großes Aufsehen.

Es ist unsere Pflicht, darum zu kämpfen, daß die neue Anzeige der Genossin Rotraut nicht wieder niedergeschlagen wird. Und zwar deshalb, weil ein solcher Prozeß unsere Position verbessert und die der Klassenjustiz verschlechtert. Er zwingt die Bourgeoisie, noch offener Farbe zu bekennen. Er erleichtert den Kampf unserer Genossen vor Gericht und unsere Agitation und Propaganda. Und er wird noch mehr Menschen überzeugen, daß sie den Kampf aufnehmen gegen die Faschisierung in unserem Land, für den Kommunismus.



MÜNCHEN

Mit einem Terrorurteil schloß die Klassenjustiz den Prozeß gegen Genossen Klaus Singer. Weil er am Roten Antikriegstag 1972 gegen den imperialistischen Krieg gekämpft hatte, verurteile ihn das Gericht wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung und 1000 DM Geldstrafe. Stützen konnte der Richter sein Urteil ausschließlich auf die Aussagen zweier Polizeizeugen, die sich inhaltlich ständig widersprachen. Das Gerichtsgebäude glich einer Festung. Mit der fadenscheinigen Begründung, dafür gebe es keine „Rechtsgrundlage", weigerte sich der Richter, die angefahrenen Polizisten zu entfernen.

KÖLN

Wegen „beleidigender Äußerungen" hat das Amtsgericht Köln den ROTEN MORGEN 13/76 sichergestellt. In der Begründung heißt es: „U. a. wird eine Aussage von Bundeskanzler Schmidt in Zusammenhang mit Hitler gebracht und die Arbeit des Bundeskriminalamtes mit dem Hitlerfaschismus verglichen."

LEUTKIRCH

Vor mehreren Wochen wurden hier Wahlplakate der CDU und der SPD übermalt. Als schon kein Mensch mehr an diese Sache dachte, startete die Polizei einen üblen Angriff auf einen Genossen der ROTEN GARDE: Am Karfreitag holte ihn die Polizei in aller Frühe aus dem Bett und schleppte ihn zum Verhör. Als der Genosse sich standhaft weigerte, Aussagen zu machen und sich von der Polizei, die ihn als „Schwächling" und „Feigling" beschimpfte, nicht provozieren ließ, drohten ihm die Polizisten ganz offen für die Zukunft Verfolgung an: „Jetzt werden wir uns ja öfter sehen . . ."

KÖLN

Gefängnisstrafen zwischen vier und sieben Monaten, teilweise ohne Bewährung, erhielten fünf Genossen des KJVD. Sie sollen angeblich während einer Bundeswehrvereidigung Parolen gerufen und damit Hausfriedensbruch und Verunglimpfung der BRD begangen haben.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

FRANKREICH

Nicht anders als die Bourgeoisie in unserem Land, schreckt auch die französische Bourgeoisie nicht vor dem Mord an ihren politischen Feinden zurück. Sie hat Roland Agrèt widerrechtlich eingekerkert und weigert sich, ihn aus dem Gefängnis zu entlassen. Roland kämpft seit mehreren Wochen durch einen Hungerstreik für seine Freiheit. Nach den Berichten seiner Rechtsanwälte hat sich sein Zustand so verschlechtert, daß akute Lebensgefahr besteht. Trotzdem ist er weder freigelassen noch in ausreichende ärztliche Behandlung gebracht worden. Der Protest der französischen Bevölkerung gegen das Vorgehen der Klassenjustiz gegen Roland Agrèt wird auch von der PCMLF unterstützt.

ROTER MORGEN-Prozess

Fortsetzung von Seite 1

RUNDSCHREIBEN
an alle Lokalchefs

Liebe Kollegen,

hier ein Hinweis, den ich zu beachten bitte:

In Zusammenhang mit der Diskussion über die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst wird von ultralinken Gruppen mit dem Begriff "Berufsverbot" operiert.

Ohne Zweifel sollen damit Erinnerungen an vergangene Zeiten geweckt werden.

Wir sind einig darüber, daß es Berufsverbote in der Bundesrepublik nicht gibt. Bei der Anwendung des "Radikalenbeschlusses" der Ministerpräsidenten der Länder muß vielmehr die Frage der Verfassungstreue der Bewerber geprüft werden. Die Verfassungstreue wird vom Grundgesetz und von der Präambel des Beamtengesetzes ausdrücklich verlangt.

Ich bitte, alle Mitarbeiter bei gegebenem Anlaß darauf hinzuweisen, daß es ein Verstoß gegen journalistische Sorgfaltspflicht bedeutet, wenn der Begriff "Berufsverbot" bei der Berichterstattung kritiklos übernommen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Arnold Gehlen

Es ist also auch heute so, wie Lenin bereits Anfang des Jahrhunderts feststellte: „Die Bourgeoisie verstand unter Pressefreiheit die Freiheit für die Reichen, Zeitungen herauszugeben, die Inbesitznahme der Presse durch die Kapitalisten, die faktisch überall, in allen Ländern, auch in freiesten, zur Käuflichkeit der Presse geführt hat."

Die Presse, die nicht käuflich ist, die nicht den Standpunkt der Kapitalistenklasse vertritt, sondern die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, ist die kommunistische Presse. Sie wurde deshalb auch von Anfang an verfolgt. Bereits vor der Gründung der Bundesrepublik wurden in der britischen Besatzungszone die ersten kommunistischen Zeitungen verboten. In der amerikanischen Besatzungszone wurden sie überhaupt nicht zugelassen. Nach der Gründung der Bundesrepublik schließlich riß die Verfolgung der kommunistischen Presse bis zum Verbot der KPD nicht ab. 1950 wurden alle Zeitungen der KPD für 3 Monate verboten, die das dpa-Photo eines Plakates abgedruckt hatten, auf dem stand: „Korea den Koreanern! Deutschland den Deutschen! Ami go home!" 1951 wurden erneut alle Zeitungen der KPD für drei Monate verboten, die sich für die „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung" eingesetzt hatten. Allein von 1953 bis 1955 machten die Strafen gegen Redakteure der Presse der KPD 149 Monate Gefängnis und 14 Jahre Berufsverbot aus. 1956 schließlich wurden 20 Zeitungen der KPD und 30 andere revolutionäre Zeitungen verboten. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang auch gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, als Herausgeber der Zeitung „Blinkfüer" ein Prozeß angestrengt, in dem er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Auf Grund der überwältigenden Solidarität der Hamburger Arbeiter wurde dieser Prozeß zu einer vollständigen Niederlage für die Bourgeoisie. Die Strafe wurde nie vollstreckt.

Der Prozeß, der jetzt im Mai gegen den ROTEN MORGEN stattfindet, ist also keineswegs ein schwarzer Fleck auf der weißen Weste der bürgerlichen Demokratie. Der Kampf gegen die kommunistische Presse ist ein Teil der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen. Man darf sich nicht davon täuschen lassen, daß der ROTE MORGEN und andere revolutionäre Zeitungen eine Zeitlang relativ ungehindert erscheinen konnten. Die zeitweilige Legalität der kommunistischen Presse ist eine Frage der Opportunität für die Bourgeoisie. Die grundsätzliche Unfreiheit der kommunistischen Presse dagegen ist ein Prinzip. Das zeigt sich auch direkt in ihren Gesetzen. So heißt es im Landespressegesetz von Nordrhein-Westfalen — und ähnlich in den anderen Pressegesetzen —: „Die Presse ist frei. Sie ist der freiheitlich-demokratischen Ordnung verpflichtet." Und im Grundgesetz heißt es: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit . . . zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen."

Natürlich kann sich der ROTE MORGEN, kann sich keine kommunistische Zeitung der „freiheitlich-demokratischen Ordnung" verpflichten. Diese „freiheitliche demokratische Ordnung" ist nichts anderes als die Ordnung der Kapitalistenklasse, die sie mit Gewalt aufrechterhält. Der ROTE MORGEN hat stets vertreten, was Karl Marx und Friedrich Engels bereits im „Kommunistischen Manifest" schrieben: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen." In dieser grundlegenden Frage gibt es für uns keine Prinzipienschacherei und keine Kompromisse. Wer dieses Prinzip für das Linsengericht der „Pressefreiheit", der Legalität, verrät, wie die Bachmann, Mies und Co., der ist kein Kommunist, sondern ein Diener der herrschenden Kapitalistenklasse.

Der ROTE MORGEN ist heute eine sehr kleine Zeitung. Nicht nur im Vergleich zur bürgerlichen Presse, die allein mit ihren Tageszeitungen täglich in einer Auflage von 21,9 Millionen erscheint, sondern auch im Vergleich zur Presse der revolutionären KPD, die täglich in Hunderttausenden von Exemplaren erschien. Wenn der ROTE MORGEN trotzdem die meistverbotene Zeitung ist, dann gibt es dafür nur eine Erklärung. Er ist — unabhängig von seiner Größe — ein gefährlicher Gegner für die Bourgeoisie, weil er die einzige Zeitung ist, die den Marxismus-Leninismus propagiert, die einzige Zeitung, die nicht der „freiheitlichen demokratischen Ordnung", sprich dem Kapitalismus verpflichtet ist, sondern der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution.

Dieser Prozeß gegen den ROTEN MORGEN ist ein weiterer Schritt der Bourgeoisie hin zur absoluten Gleichschaltung der legalen Presse. Das Urteil, das die bürgerliche Klassenjustiz gegen den ROTEN MORGEN sprechen will, wird sich auch in noch stärkerer Reglementierung auf die gesamte übrige Presse auswirken. Dieser Prozeß ist deshalb ein Schritt bei der weiteren Faschisierung des kapitalistischen Staates. Die Bourgeoisie will diesen Prozeß totschweigen, gerade weil er für alle Werktätigen und alle fortschrittlichen Menschen von Bedeutung ist. Es kommt deshalb auf uns an: auf die Leser des ROTEN MORGEN, auf die fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik!

Verbreitet die Wahrheit über den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN!

Verteidigt die kommunistische Presse!

Antikriegstagsprozess

Kämpft für Saschas Freispruch!

Am 6. Mai begann in München der Berufungsprozeß gegen Genossen Sascha Haschemi, der am Roten Antikriegstag 1972 in München teilgenommen hatte. Viele Leser des ROTEN MORGEN werden sich noch erinnern an die fast zweijährige Kampagne der Partei und der Roten Garde um Saschas Einbürgerung, die im Dezember letzten Jahres siegreich abgeschlossen wurde. Jetzt soll das Landgericht in München entscheiden, ob Sascha eineinhalb Jahre ins Gefängnis geworfen wird. Zu dieser Strafe war er in erster Instanz verurteilt worden.

Als Rotgardist hatte Sascha während der Olympiade gegen den imperialistischen Krieg demonstriert. Weil er angeblich auf Fotos von der Schlacht am Karlstor identifiziert worden war, stellte ihn die Klassenjustiz wegen schweren Landfriedensbruchs und illegalem Waffenbesitz vor Gericht. Er wurde erst aus dem Betrieb geworfen und dann, in erster Instanz, zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Noch vor der Urteilsverkündung verschwand Sascha. Nicht, weil er ein Abenteurer ist und gern in die Illegalität gegangen wäre, sondern weil die Bourgeoisie gegen ihn eine besonders schwere Strafe eingeplant hatte: Sie wollte die Tatsache, daß Sascha einen persischen Paß hatte — sein Vater war Iraner gewesen, Sascha selbst aber ist in München geboren und aufgewachsen — dazu benutzen, den Genossen als „unerwünschten Ausländer" auszuweisen oder gar abzuschieben. **Wäre Sascha aber abgeschoben worden, so hätte das bedeutet, daß die Schah-Faschisten ihn im Gefängnis foltern und vielleicht sogar umbringen würden. Die Bourgeoisie plante also einen kaltblütigen Mord an Sascha, ohne sich direkt die Hände schmutzig zu machen.**

Zwei Jahre fast lebte Sascha in der Illegalität, zwei Jahre lang führten Partei und ROTE GARDE einen hartnäckigen Kampf darum, daß Sascha einen deutschen Paß bekommt, der ihm zusteht. Tausende von Menschen solidarisierten sich damals mit Sascha. Sie unterzeichneten Protestaufrufe, schrieben an das Gericht und das Ausländeramt, spendeten Geld oder kamen zu Solidaritätsveranstaltungen. Selbst als die Bourgeoisie selber per Gesetz Kindern von ausländischen und deutschen Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannte, mußte dieser Kampf weitergeführt werden.

Erst im letzten Dezember hielt Sascha dann diesen Paß in Händen. Er war noch nicht einen Tag zu Hause bei seinen Eltern, als die Polizei ihn ins Gefängnis Stadelheim sperrte. Seither sitzt er wegen „Fluchtgefahr" in Untersuchungshaft. Die Polizei weiß sehr genau, daß Sascha sich nur deshalb seiner Verhaftung entzog, weil er abgeschoben werden sollte, daß er sofort zurückkehrte, als diese Gefahr nicht mehr bestand. Die Behauptung, Sascha wolle ‚fliehen', ist deshalb nichts anderes als eine elende Provokation.

Die erste, wichtigste Schlacht um Saschas Freiheit ist gewonnen: Als Deutscher kann er nicht mehr ausgewiesen werden. Jetzt gilt es, zu verhindern, daß Genosse Sascha Haschemi zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wird. Kämpft mit uns um einen Freispruch! Schreibt dem Genossen ins Gefängnis, protestiert gegen diesen Prozeß! Kommt zu den Verhandlungen am 10., 11., 12. und 14. Mai ins Münchner Landgericht, Zimmer 219!

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Mieterhöhungen und „Neue Heimat"

Im privaten Wohnungsbau können die Mieten nicht so einfach erhöht werden. Wenn der Mieter sich weigert, die erhöhte Miete zu zahlen und es zum Prozeß kommt, muß der Vermieter durch Vergleichswohnungen nachweisen, daß die Mieterhöhungen „gerechtfertigt" sind. Natürlich ist für die meisten Kollegen so ein Prozeß nur eine Möglichkeit auf dem Papier, weil die Gerichts- und Anwaltskosten derartige Höhen erreicht haben, daß das Risiko für den Mieter zu groß ist.

Ganz anders im „sozialen" Wohnungsbau. Da ist die Sache unkompliziert. Die Mieten bzw. die Richtwerte für den qm-Preis werden einfach per Gesetz erhöht. So geschehen bei uns in Oberreut, einem Karlsruher Stadtteil, wo die Mieten mit einem Schlag um durchschnittlich 33% erhöht wurden. Da gibt es nicht die geringste Möglichkeit, gerichtlich was dagegen zu machen. Der Mieter muß zahlen, wenn er nicht bereit ist, den Mietboykott dagegen zu organisieren.

Für die großen Wohnungsbaukonzerne hat die Regierung damit eine Art Garantieverzinsung geschaffen. Fällt die Verzinsung, dann werden einfach per Gesetz die Mieten erhöht. Diese Sicherheit, die der kapitalistische Staat bietet, ist der Grund dafür, daß das Kapital vom privaten Wohnungsbausektor in den sicheren „sozialen Wohnungsbau" geradezu hetzt. Das ist auch das Geheimnis der Mietexplosion im sozialen Wohnungsbau, der im qm-Preis schon vergleichbare Privatwohnungen überholt hat. Und einer der Hauptnutznießer und Oberpreistreiber ist die Neue Heimat. Hier erweist sich der Gewerkschaftsapparat als eiskalter Profitmacher. Und er hat ein großes Plus gegenüber der Konkurrenz: das soziale Image. Doch dieses Image vergeht wie Schnee in der Sonne. Denn der Mieter, der heute für teures Geld seine Eigentumswohnung von der Neuen Heimat erworben hat, wird nach kurzer Zeit das Prinzip der Neuen Heimat kennenlernen. Dann nämlich, wenn der Putz von der Wand fällt und sich die ersten Risse zeigen. Höchstpreise für billigste Qualität, abgesichert durch den kapitalistischen Staat — das ist das Gesicht des DGB-Apparates auf dem Wohnungssektor.

US-Besatzerkriminalität

Die Bandenkriminalität hat in Westberlin besonders in den Bezirken, wo die US-Besatzungsmacht stationiert ist, in den letzten Jahren zugenommen. Gewaltverbrechen, Raub, Überfälle und auch Morde haben in erschreckendem Maße zugenommen. Besonders unter den dort wohnenden Jugendlichen macht sich der negative Einfluß der US-Besatzer besonders bemerkbar. Dort versuchen die als Killer und Ranger ausgebildeten Soldaten, die Jugendlichen für ihre verbrecherischen Ziele einzuspannen. Es gibt in Westberlin viele Lokale und Bars, wo sich Jugendliche mit den US-Besatzern treffen, um gemeinsam Überfälle, Schlägereien usw. zu planen. Die dafür zuständigen Behörden und Verantwortlichen tun natürlich alles, um solche Kontakte zwischen den Jugendlichen und den Besatzern noch zu fördern. Sie stellen das dann als kulturellen Beitrag zur „deutsch-amerikanischen Freundschaft" dar. In einer Zeit, in welcher der Ruf nach Abzug der fremden Besatzungstruppen immer lauter wird, ist der einheimischen volksfeindlichen Bourgeoisie natürlich jedes Mittel recht, um die Subkultur des US-Imperialismus fest in der Bevölkerung zu verankern. Das zeigt wieder einmal, wie gefährlich der US-Imperialismus ist und welche reaktionäre Rolle er in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Imperialismus in der Bundesrepublik und in Westberlin spielt.

Ein Sympathisant aus Westberlin.

Antikommunisten-Heidi

Dem Artikel im ROTEN MORGEN über die Juso-Bundeskonferenz möchte ich noch zwei Zitate der Juso-Vorsitzenden Heidi Wieczorek-Zeul hinzufügen. Bei ihrem Besuch in Moskau sagte sie auf die Frage, was sie am meisten beeindruckt habe: „Daß die Menschen dort fröhlich und entspannt sind und ihre Lebensbedingungen als angenehm empfinden. Wir hatten das Gefühl, daß Sozialismus eine Sache ist, die Freude macht, Spaß macht, und das ist sehr wichtig." In Karlsruhe auf einer Veranstaltung sagte sie dagegen über die VR China: „Ausgerechnet der (Strauß — RM) macht uns Vorwürfe wegen Volksfrontpolitik, der mit den Rotchinesen, den reaktionärsten Brüdern überhaupt, Händchen hält."

SDAJ-Schläger durchgeschüttelt

Liebe Genossen!

Am 24. 4. haben wir von der ROTEN GARDE aus morgens bei der Abfahrt der Busse zum „SDAJ-Festival" Flugblätter verteilt. Man merkte deutlich, daß der große Teil der Jugendlichen nur durch die üble Propaganda über „Pop und Swing" von den modernen Revisionisten der SDAJ zum Besuch des Festivals verlockt worden war. Die Zahl der Flugblätter, die wir verteilt haben, war sehr hoch. Bei einer Anzahl von ca. 250 Jugendlichen haben wir 170 Flugblätter verteilt. Was wir deutlich zu spüren bekamen war, mit welch üblen Methoden einzelne SDAJ-Schläger uns die Flugblätter zu entreißen versuchten. Doch ihre Versuche schlugen jedesmal auf sie selbst zurück. Zum einen waren viele Jugendliche sehr empört über solche Angriffe und die Schläger trauten sich nicht mehr, uns die Sachen offen zu entreißen. Zum anderen hatten sie auch, als sie sahen, daß wir uns das nicht gefallen ließen, ziemliche Angst. So gingen sie zu feigen Angriffen aus dem Hinterhalt über. So trat z.B. einer von ihnen einer Genossin aus dem Bus heraus in den Bauch. Aber er hatte sich getäuscht, wenn er glaubte, mit einem Mädchen hätte er es leichter. Die Genossin war so wütend darüber, daß sie den Schläger kurzerhand auf den Arm nahm und kräftig durchschüttelte. Er war so platt, daß er nur noch versuchte, sich mit knallrotem Kopf „freizustrampeln". Als dann noch zwei Genossen zur Unterstützung kamen, stellte unsere Genossin den Schläger wieder auf den Boden und er haute sofort angstvoll ab. Von da an trauten sie sich auch nicht mehr, gegen uns vorzugehen.

Eine Genossin aus Bremen.

Erklärung der GFA

In der Nacht vom 28. auf den 29.4. wurde die Schaufensterscheibe des Ladenlokals der GFA in Essen, Engelbertstr. 27 mit zwei schweren Basaltsteinen eingeworfen. Dies ist ein feiger Anschlag von Leuten, die gegen die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk eingestellt sind und denen die Existenz des sozialistischen Albanien ein Dorn im Auge ist. Sie greifen zu Methoden des faschistischen Terrors, um die Tätigkeit der GFA zu stören, um zu verhindern, daß die Wahrheit über Albanien, das einzige sozialistische Land Europas, verbreitet wird.

Dieser Anschlag ist keine isolierte Aktion einzelner Feinde Albaniens. Dahinter stehen vielmehr diejenigen, die selbst den Sozialismus verraten haben, zu den größten Feinden des Sozialismus und der Völker geworden sind, die aber Albanien nicht unterwerfen konnten. Es sind diejenigen, die verhindern wollen, daß das deutsche Volk am Beispiel Albaniens sieht, was wirklicher Sozialismus ist. Es sind diejenigen, die die faschistischen Diktaturen des Warschauer Vertrages als Sozialismus ausgeben, um die Völker zu täuschen. Es sind die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre „kommunistischen" Agenten in unserem Land.

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens wird sich von ihrer Arbeit durch den sozialfaschistischen Terror in keinster Weise abhalten lassen. Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen auf, gegen diesen Anschlag zu protestieren. Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen auf: diesem Land, das die finsteren, reaktionären Kräfte so wütend verleumden und verfolgen, muß unser besonderes Interesse gelten, macht Euch mit dem sozialistischen Albanien bekannt, unterstützt die Tätigkeit der Gesellschaft der Freunde Albaniens.

Sektionsvorstand der Sektion Ruhrgebiet

Fälschungen der 'Roten Fahne'

Unter der heuchlerischen Überschrift „*Für die Einheit der Marxisten-Leninisten*" hat die „Rote Fahne" Nr. 15 einen Bericht über eine Diskussionsveranstaltung unserer Partei und der GRF (KPD) in Köln zur Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten veröffentlicht. Wir wollen hier nicht auf die Verdrehungen und Verfälschungen der Linie unserer Partei eingehen. Nicht in einer einzigen Frage wird die Position unserer Partei auch nur annährend korrekt wiedergegeben. Wenn wir zu diesem Artikel trotzdem Stellung nehmen, dann deshalb, weil die „Rote Fahne" sich hier einer besonders infamen Methode zur Täuschung ihrer Leser bedient: Sie verfälscht die Ausführungen des Genossen Gernot Schubert, der auf der Kölner Veranstaltung Diskussionsredner unserer Partei war, vollständig, um so bei den Lesern den Eindruck zu erwecken, daß unsere Partei in wesentlichen Fragen tatsächlich eine falsche Auffassung vertritt.

So erweckt die ‚Rote Fahne' den Eindruck, Genosse Schubert habe auf der Kölner Veranstaltung erklärt, es sei trotzkistisch davon zu sprechen, daß man die Interessen der Weltrevolution über die Interessen der Revolution in einem Land stellen müsse. Natürlich hat Genosse Schubert etwas ganz anderes gesagt. **Genosse Schubert stellte fest, daß es auch die Methode Trotzkis und der Trotzkisten war, mit Phrasen von der Weltrevolution gegen die sozialistische Revolution in den einzelnen Ländern vorzugehen.** Wie Trotzki versucht die GRF (KPD), mit „linken" Phrasen von der sozialistischen Weltrevolution ihr Abrücken von der sozialistischen Revolution in Deutschland zu „rechtfertigen". Wie Trotzki verabsolutiert die GRF (KPD) die äußeren Faktoren, was in der Konsequenz darauf hinausläuft, zu leugnen, daß die sozialistische Revolution zwar dem Inhalt nach international ist, aber der Form nach **national** verläuft. (vgl. Agim Popa, Die heutige revolutionäre Bewegung und der Trotzkismus).

Weiter behauptete die ‚Rote Fahne', Genosse Gernot Schubert habe auf der Kölner Veranstaltung die Lehren des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale als „*unleninistisch*" und als für „*heute unbrauchbar*" hingestellt. Es ist besonders unverschämt, wie die ‚Rote Fahne' hier einem Genossen unserer Partei Positionen unterschiebt, die niemals von unserer Partei, sehr wohl aber vor gar nicht so langer Zeit von der GRF vertreten wurden. Das Zentralkomitee der GRF behauptete 1974 in einem Artikel zur Programmdiskussion, die Lehren des VII. Weltkongresses seien „unleninistisch": „*Offensichtlich stützte sich Dimitroff nicht umfassend genug auf die Analyse Lenins über den Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus.*" (RF 5. Jg., Nr. 17, S. 8). In dem gleichen Artikel behauptete das ZK der GRF, es sei ein „*entscheidender strategischer Fehler des VII. Weltkongresses gewesen, das System des Faschismus von der Herrschaft der Bourgeoisie und des Imperialismus abzuheben.*" Im theoretischen Organ Nr. 2 der GRF wird zu diesem Artikel statt einer umfassenden Selbstkritik sogar festgestellt, daß er in der Hauptseite richtig war.

Genosse Schubert dagegen hat in Köln keineswegs erklärt, die Lehren des VII. Weltkongresses seien unleninistisch. Im Gegenteil trat Genosse Schubert gerade den Behauptungen der GRF entgegen, die Lehren des VII. Weltkongresses stünden im Gegensatz zu den Lehren Lenins, weil die Lehren Lenins über die Aufgaben der Kommunisten und der Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und im Falle eines ausgebrochenen imperialistischen Krieges angeblich nicht auf den 2. Weltkrieg angewandt werden konnten. Genosse Schubert stellte erstens fest, daß die GRF die Lehren des VII. Weltkongresses dadurch verfälscht, daß sie den Eindruck zu erwecken sucht, der Kongreß habe sich nur mit der Frage des Kampfes gegen Faschismus und Kriegsgefahr beschäftigt und den Kampf für die sozialistische Revolution von der Tagesordnung gestrichen. Zweitens verfälscht die GRF die Aussagen des VII. Weltkongresses, indem sie die taktischen Konsequenzen des VII. Weltkongresses von den leninistischen Grundlagen löst und durch entsprechende Auswahl der Zitate den Eindruck zu erwecken versucht, die für den 1. Weltkrieg richtigen Lehren Lenins seien für den 2. Weltkrieg und auch für die heutige Situation „unbrauchbar". Dazu verteidigte Genosse Schubert die Lehren des VII. Weltkongresses:

*„Für den Fall jedoch, daß — trotz aller Bemühungen der Arbeiterklasse, ihn abzuwenden — ein neuer **imperialistischer Weltkrieg** ausbricht, werden die Kommunisten bestrebt sein, die im Kampf für den Frieden organisierten Kriegsgegner zum **Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg** gegen die faschistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, **für den Sturz des Kapitalismus zu führen** ... **Der VII. Weltkongreß beruft sich** bei der Festlegung der Aufgaben der kommunistischen Parteien und der ganzen Arbeiterklasse für den Fall eines Krieges auf die von **Lenin und Rosa Luxemburg** aufgestellte und vom Stuttgarter Kongreß der II. Internationale der Vorkriegszeit zum Beschluß erhobene These: ‚Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahinzustreben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen...' Wenn aber der **konterrevolutionäre Krieg** die Sowjetunion zwingen wird, die Rote Arbeiter- und Bauernarmee zur Verteidigung des Sozialismus ins Feld zu führen, **dann** werden die Kommunisten alle Werktätigen aufrufen, **mit allen** Mitteln und um **jeden Preis** den Sieg der Roten Armee über die imperialistischen Armeen zu fördern."* (Protokolle des VII. Weltkongresses, Bd. II, S. 1004, Hervorhebungen von uns).

Genosse Schubert hat also die leninistischen Grundlagen des VII. Weltkongresses gegen die Angriffe der GRF verteidigt. Ein solcher Angriff ist auch in dem ‚Rote Fahne'-Bericht über die Kölner Veranstaltung wieder enthalten, wenn behauptet wird, im Unterschied zum 1. Weltkrieg hätte es im 2. Weltkrieg „die Möglichkeit gerechter Positionen" gegeben. Wie auch die obigen Zitate aus den Protokollen des VII. Weltkongresses zeigen, ging der Kongreß davon aus, daß erst mit einem Überfall auf die Sowjetunion der imperialistische Krieg seinen Charakter ändern würde. Vor dem Überfall auf die Sowjetunion gab es auf der Seite der kriegsführenden Parteien so wenig wie im 1. Weltkrieg die „Möglichkeit gerechter Positionen". Eine gerechte Position stellten im 1. Weltkrieg und vor dem Überfall auf die Sowjetunion auch im 2. Weltkrieg nur die Werktätigen dar, die dafür kämpften dem imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg für den Sturz des Kapitalismus in ihrem Land entgegenzusetzen. Das ist eine der unleninistischen Verfälschungen des VII. Weltkongresses durch die GRF (KPD).

Es ist kaum anzunehmen, daß die Redaktion der ‚Roten Fahne' meint, daß die von ihr mit der Berichterstattung über die Kölner Veranstaltung nicht zum ersten Mal angewandte Methode, Aussagen von Genossen unserer Partei vollständig zu verfälschen und in ihr Gegenteil zu verkehren, der Klärung von Widersprüchen zwischen unseren Organisationen und dem Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten dient. Man muß vielmehr davon ausgehen, daß die ‚Rote Fahne' wieder verstärkt zu solchen Mitteln der Täuschung und des Betrugs greifen muß, weil sie keine andere Möglichkeit mehr sieht, ihren Lesern die von unserer Partei vertretenen korrekten marxistisch-leninistischen Positionen zu verheimlichen und eine vollständige Entlarvung der opportunistischen, sozialchauvinistischen Positionen der GRF (KPD) zu verhindern.

Getroffene Hunde bellen
Spiegel-Hetze gegen China

Die Beschlüsse, die das Politbüro der KP Chinas auf Vorschlag des Vorsitzenden Mao nach dem konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz in Peking gefaßt hat — Genossen Hua Guo-feng zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KP Chinas und zum Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China zu ernennen, sowie Deng Hsiao Ping als obersten besserungsunwilligen Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben — haben bei den chinesischen Volksmassen begeisterte Zustimmung gefunden.

Ganz anders sieht dagegen das Bild bei den Imperialisten und Sozialimperialisten aus. „Himmelhochjauchzend, zu Tode betrübt" — so könnte man ihre Stimmung charakterisieren. Ein treffendes Beispiel dafür bietet der ‚Spiegel'. Noch am 12. Januar hatte dieses reaktionäre kapitalistische Blatt Deng Hsiao Ping in einer Titelgeschichte überschwenglich als „Vertreter der neuen Funktionärsklasse, ein Realist und beinahe schon ein Kapitalist" gepriesen und frohlockt: „er wird das größte Entwicklungsland der Erde regieren". Am 26. April hat der ‚Spiegel' erneut eine Titelgeschichte über die Ereignisse in der VR China veröffentlicht. Die Absetzung Deng Hsiao-Pings, die Demonstrationen, Kundgebungen usw. der hunderte Millionen von Menschen überall in China haben die Schreiberlinge des Imperialismus hart getroffen. Man spürt förmlich, wie sie es bedauern, daß Deng Hsiao Pings Plan, China auf den kapitalistischen Weg zu führen und die Diktatur des Proletariats zu stürzen, gescheitert ist. Und natürlich versäumen sie es nicht, die Ereignisse so darzustellen, als ob es sich um persönliche Intrigen und Machtkämpfe handelt. Mit einem Gemisch aus Hintertreppengeschichten, Lügen und Gerüchten ist so ein übler Hetzartikel gegen die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei Chinas zusammengebraut worden.

Diese imperialistische Hetze ist kein Zufall. Die Imperialisten und die Sozialimperialisten hatten auf Deng Hsiao-ping als Repräsentanten der Bourgeoisie ihre Hoffnungen auf eine Restauration des Kapitalismus in China gesetzt. Sein Auftreten zeigt erneut, wie scharf der Klassenkampf auch in der Periode des Sozialismus ist, wie die Bourgeoisie, der Imperialismus und Sozialimperialismus wütend versuchen die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Ihre Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Das ist ein großer Sieg für alle revolutionären Völker der Welt.

Roter 1. Mai 1976

Auch in diesem Jahr demonstrierten am 1. Mai mehrere tausend Menschen unter den roten Fahnen unserer Partei. Sie setzten den verlogenen Reden des vom DGB-Apparat und den modernen Revisionisten von D,,K"P/SEW veranstalteten Regierungsmai, den Lobreden auf die kapitalistische Ausbeuterordnung, den Roten 1. Mai entgegen. Sie zeigten am 1. Mai ihre Entschlossenheit zum Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für die sozialistische Revolution in Ost und West, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Unsere Partei hat am 1. Mai die Werktätigen in Stadt und Land aufgerufen, sich im revolutionären Klassenkampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zu vereinigen.

Am ersten Mai demonstrierte unsere Partei gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber.

Unsere Partei hat am 1. Mai dazu aufgerufen, einen klaren Trennungsstrich zu den Parteien des Klassenverrats, der D,,K"P, der SEW und SED, den gefährlichsten Feinden in den Reihen der Arbeiterklasse zu ziehen, die als Agentur der Bourgeoisie, getarnt mit sozialistischen Phrasen, die werktätigen Massen an das kapitalistische Ausbeutersystem ketten wollen.

Am 1. Mai dieses Jahres gab es keine Aktionseinheit der revolutionären Organisationen in unserem Land. Die opportunistischen Führer des KBW und des KABD zogen es vor, als Schwanz des Regierungsmai, den klaren Trennungsstrich zu den Bonzen des Ausbeuterstaates, dem reaktionären Gewerkschaftsapparat und den modernen Revisionisten zu verwischen. Trotz ihrer gegenteiligen Beteuerungen taten das gleiche auch die Führer der Gruppe Rote Fahne, die die schon beschlossene Aktionseinheit zwischen unserer Partei und der Gruppe Rote Fahne brachen. Es ist ein Erfolg, wenn es in einigen Städten trotzdem gemeinsame Demonstrationen gab.

Einen Schwerpunkt der Agitation und Propaganda am 1. Mai bildete der Kampf gegen den Prozeß gegen das Zentralorgan unserer Partei, den ROTEN MORGEN und die beiden angeklagten Genossen Karin Wagner und Gernot Schubert.

Kämpfen wir dafür, angespornt vom revolutionären Geist des Roten 1. Mai dieses Jahres, im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland noch größere Erfolge zu erringen!


Hamburg

Demonstrationen und Aktionen der Partei

In **Bremen** führte die Partei gemeinsam mit der GRF und verschiedenen revolutionären Massenorganisationen eine Rote 1. Mai-Demonstration durch. Im Kampf um die Aktionseinheit war erreicht worden, daß die GRF in Bremen sich nicht an der DGB-Demonstration beteiligte.

Schon vor Beginn der Demonstration machte der AP-Trupp ,,Rote Reporter" entlang der Demonstrationsroute Agitation und Propaganda. Zuvor waren entlang der Route RM-Extrablätter gesteckt worden, so daß schließlich viele Menschen an den Fenstern und in den Hauseingängen standen und die Rote 1. Mai-Demonstration begrüßten.

An der Demonstration nahmen 230 Freunde und Genossen teil, von denen 140 im Block der Partei marschierten.

In **Dortmund** demonstrierten 500 Freunde und Genossen am Roten 1. Mai unter den roten Fahnen der KPD/ML, darunter auch eine Anzahl Genossen, die noch am letzten 1. Mai in den Reihen der Gruppe Rote Fahne gestanden haben, inzwischen aber endgültig zum Opportunismus einen scharfen Trennungsstrich gezogen haben. Es waren aber auch Genossen der Gruppe Rote Fahne zur Demonstration gekommen, die empört darüber waren, daß die Führer ihrer Organisation die Einheit zum Roten 1. Mai zugunsten der Teilnahme am Regierungsmai sabotiert haben. An der Demonstration nahmen auch türkische Genossen, iranische Genossen, Genossen der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) und die FRAP teil. Die Rote Hilfe Deutschlands, die ebenfalls an der Demonstration teilnahm, hatte während der Demonstration wie schon am Sammlungsort breite Propaganda zum bevorstehenden Prozeß gegen den ROTEN MORGEN gemacht.

Am Nachmittag fand im vollbesetzten Mengeder Saalbau die Maiveranstaltung der Partei und der ROTEN GARDE statt. Außer der Rede der Partei zum Roten 1. Mai wurde auch von der Genossin Karin Wagner eine Rede zu dem bevorstehenden Prozeß gegen den ROTEN MORGEN gehalten. Genossen von ausländischen Bruderorganisationen richteten an die Veranstaltung Grußadressen. Eine Sammlung für den bevorstehenden ROTEN MORGEN-Prozeß ergab über 900 DM.

In **Duisburg** demonstrierten 400 Genossen im Zug der Partei unter den Kampflosungen des Proletariats. Zu einem Zwischenfall kam es, als Genossen sich vor die Kameras von Zivilpolizisten stellten, die versuchten, die Teilnehmer der Demonstration zu fotografieren. Polizei mit Gummiknüppeln bewaffnet rückte an und schlug auf Genossen ein. Einige wurden dabei blutig geschlagen. 3 Genossen wurden vorübergehend verhaftet. Auf der Veranstaltung zum Roten 1. Mai, die sich an die Demonstration anschloß, wurden für den ROTEN MORGEN-Prozeß 800 DM gesammelt.

In **Hamburg** fand am Vorabend des 1. Mai eine Veranstaltung der Partei und der ROTEN GARDE in Stübens Gesellschaftsräumen statt. Die Redner der Partei und der ROTEN GARDE zeigten die Notwendigkeit der scharfen Abgrenzung gegen alle Opportunisten im Klassenkampf und stellten die Bedeutung des Roten 1. Mai heraus.

Die Rote 1. Mai-Demonstration führte durch die Arbeiterviertel Dulsberg und Barmbek. 380 Genossen, Freunde und Kollegen nahmen daran teil. Auf der Abschlußkundgebung sprach Genosse Ernst Aust. In seiner Rede entlarvte er die demagogischen Parolen der Bonzen vom Regierungsmai. Auf der Demonstration zum Roten 1. Mai eingehend sagte er, daß es zwar noch wenige seien, die unter den Fahnen der Revolution und des Sozialismus demonstrieren, daß das Entscheidende aber ist, daß wir gemäß einer wahrhaft proletarischen revolutionären Linie kämpfen. Das ist die Grundlage dafür, daß unsere Kräfte wachsen und wir schließlich die proletarischen Massen hinter uns haben werden. Am Abend des 1. Mai fand im Rotfrontlokal der Partei eine Maifeier statt.

In **Hannover** vereinigte sich der Rote 1. Mai-Zug der Partei nach der ersten Hälfte der Demonstrationsroute mit dem 1. Mai Zug der GRF, der zuvor beim Regierungsmai war. An der Roten 1. Mai-Demonstration nahmen auch türkische, iranische, spanische und afghanische Genossen teil. Es wurden im Verlauf der Demonstration viele ROTE MORGEN von den Genossen verkauft. Am Vortag des 1. Mai hatte die Partei eine Veranstaltung durchgeführt.

In **Kiel** sammelte sich die Partei traditionsgemäß um 10.30 Uhr auf dem Vinetaplatz in Kiel-Gaarden. Vor Beginn der Demonstration marschierte der AP-Trupp ,,Rotes Sprachrohr" durch einige Straßen des Arbeiterviertels und forderte die Bevölkerung mit revolutionären Liedern auf, am Roten 1. Mai teilzunehmen. Insgesamt nahmen an der Demonstration 400 Freunde und Genossen teil. Während der Demonstration sammelte die RHD am Rande der Demonstration für die ROTEN MORGEN-Prozesse: dabei wurden 335 DM von der Bevölkerung gespendet.

Am Spätnachmittag fand eine Veranstaltung der Partei statt. Nach der Rede der Partei und eines Genossen der ROTEN GARDE sprach ein Genosse der CISNU, die auch Volkstänze aus ihrer Heimat vorführte. Die Generalunion arabischer Studenten sprach ebenfalls eine Grußadresse. Die Spendensammlung auf der Veranstaltung und ein Basar ergaben für die Partei rund 1000 DM.

Im Bezirk Rhein-Neckar war die Partei die einzige Kraft, die dem Regierungsmai den Roten 1. Mai entgegensetzte. An der Demonstration in **Ludwigshafen**, die durch ein Wohnviertel der BASF führte, nahmen ca. 200 Menschen teil. Die Demonstration bot ein Bild der Geschlossenheit und machte auf die Bevölkerung einen positiven Eindruck. Die Veranstaltung nachmittags war sehr kämpferisch und mitreißend und schloß Partei, Genossen und Sympathisanten noch enger zusammen. Die 1. Mai-Sammlung auf der Veranstaltung brachte das stolze Ergebnis von 1 107 DM.

In **Frankfurt**, wo zum Roten 1. Mai eine Aktionseinheit mit der Gruppe Rote Fahne zustandegekommen war, demonstrierten in den Reihen der KPD/ML 300 Freunde und Genossen. An der Demonstration nahmen insgesamt 800 Menschen teil.

In **München** wurde die Demonstration zum Roten 1. Mai gemeinsam mit der Gruppe Rote Fahne durchgeführt. 650 Menschen waren dem Aufruf zu dieser Aktionseinheit gefolgt.

In **Stuttgart** führte die Demonstrationsroute durch Arbeiterviertel im Stuttgarter Osten. Auf der anschließenden Veranstaltung wurde eine Grußadresse an das ZK der KPD/ML sowie eine Grußadresse an die kambodschanische Botschaft in Paris verabschiedet. Ein Genosse zeigte einen Diavortrag über eine Reise durch die Volksrepublik China.

Wie schädlich die Blocks der Opportunisten bei den Demonstrationen des reaktionären DGB-Apparates sind, dafür ist Stuttgart ein markantes Beispiel. Dort marschierten hinter der DGB-Spitze 1300 Menschen. Davon allein 400 KABD-Mitglieder und -Sympathisanten sowie dazu noch Blocks von KBW, GRF und Trotzkisten. Alles in allem also wären die DGB-Bonzen unter sich gestanden, hätten sie nicht die Unterstützung der Opportunisten gehabt, die mit roten Fahnen diesen auch noch ein fortschrittliches Ansehen verliehen.

In **Westberlin** fand die Veranstaltung zum Roten 1. Mai am 25. 4. statt. Etwa 500 Freunde und Genossen waren gekommen. Der Veranstaltungsraum war besonders ausgeschmückt mit drei großen Bildtransparenten. Ein besonderer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Rede des Verlegers des ROTEN MORGEN, des Genossen Gernot Schubert. Genosse Gernot sprach zu dem Prozeß gegen 21 ROTE MORGEN, der am 4. Mai in Dortmund beginnt. Die Veranstaltung war sehr kämpferisch und spiegelte den festen Zusammenschluß der Veranstaltungsteilnehmer um die Partei wider. An der 1. Mai-Demonstration, die in Westberlin gemeinsam mit der Gruppe Rote Fahne durchgeführt wurde, nahmen 3 000 Menschen teil. In den Block der Partei reihten sich 600-650 Genossen, Freunde und Kollegen ein. Die Beteiligung der Bevölkerung war die bisher größte. Viele sahen den Zug vom Fenster und Balkon aus an. Schimpfereien gab es wenig. Besonders die Parole ,,Die Mauer muß weg!" fand in der Bevölkerung große Unterstützung. Es wurde geklatscht, andere riefen uns zu: ,,Richtig!" Innerhalb von zwei Tagen wurden über 1 400 ROTE MORGEN zum Roten 1. Mai verkauft.

Auch in der **DDR** setzten die Genossen der illegalen Sektion DDR der KPD/ML dem Regierungsmai der Honecker-Clique Aktionen zum Roten 1. Mai entgegen. Die Genossen der Sektion DDR verbreiteten illegal Flugblätter zum Roten 1. Mai. Darin heißt es unter anderem:

,,Die Werktätigen Chinas und Albaniens können tatsächlich diesen 1. Mai in dem Bewußtsein feiern, daß sie die Herren ihrer Länder sind. Wir dagegen werden heute von den neuen Herren genauso ausgebeutet durch die Monopolherren wie unsere Landsleute in Westdeutschland. Wie aber kommt die Honecker-Clique dazu, den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse zu feiern? Sie schickt Euch auf die Straße, damit Ihr ihren konterrevolutionären Losungen hinterherlaufen sollt. Nieder mit den Losungen der Honecker-Clique!

,,Ewige Freundschaft mit der Sowjetunion"? Freundschaft mit den Besatzern halten?

,,Integration" — Die DDR-Wirtschaft noch mehr zum Anhängsel der Sowjetwirtschaft machen?

,,Intensivierung" — Sich noch mehr antreiben und ausbeuten lassen?

Wenn die Honecker-Clique heute um den 1. Mai so einen Rummel macht, will sie Euch nur vor ihren Karren spannen, Euch weismachen, daß sie Eure Interessen vertritt."

An anderer Stelle des Flugblattes heißt es eingehend auf die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML:

,,Wir haben uns zusammengeschlossen, um gemeinsam mit den Marxisten-Leninisten Westdeutschlands und Westberlins in einer Partei den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufzunehmen. Unser Weg ist der Weg zur sozialistischen Revolution. Russische Besatzer raus aus der DDR! Nieder mit der Ausbeutung durch die neue Bourgeoisie! Nieder mit dem Polizeistaat der SED-Bonzen! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"




Duisburg



Bremen


Westberlin


Dortmund

Aus aller Welt

PORTUGAL

Bei den Wahlen zum portugiesischen Parlament hat die Demokratische Volksunion (UDP), auf deren Listen auch Genossen der wiederaufgebauten Kommunistischen Partei Portugals — PCP(R) — kandidierten, ca. 1,5% der Stimmen erhalten. Die UDP stellt damit einen Abgeordneten, die einzige revolutionäre Stimme in diesem Parlament.

SPANIEN

In Spanien breitet sich die breite Streik- und Demonstrationswelle trotz der Versuche des monarcho-faschistischen Juan-Carlos-Regimes die Bewegung niederzuhalten, weiter über das ganze Land aus. Der Klassenkampf verstärkt sich vor allem in den baskischen Provinzen. In Pamplona kam es am 19. April zu großen Demonstrationen und heftigen Kämpfen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Die faschistische Juan-Carlos-Polizei, die weitere Verstärkungen herbeiholen mußte, um die Demonstration niederzuschlagen, verhaftete etwa sechzig Demonstranten.

NORDIRLAND

Am 20. April hatte der englische Minister für Fragen Nordirlands in Belfast ein Geheimtreffen mit den wichtigsten Chefs der britischen Besatzungstruppen, um mit ihnen neue Unterdrückungsmaßnahmen in den nordirischen Städten zu erörtern. Er verlangte, daß die Kontrolloperationen und Hausdurchsuchungen, besonders in den Armenvierteln der nordirischen Städte noch mehr verstärkt werden. Diese Maßnahmen gehören zu den Bemühungen des englischen Imperialismus, den Befreiungskampf der nordirischen Patrioten zu unterdrücken. Währenddessen verstärkt und erweitert sich aber der bewaffnete Kampf der nordirischen Bevölkerung. In Armagh töteten die Patrioten bei einem Angriff auf einen Polzeiposten einen Polizisten und verwundeten einen weiteren. In Belfast eröffneten sie das Feuer auf eine Militärstreife und töteten einen Besatzungssoldaten. In der Grafschaft Tyrone stellte eine Einheit der Patrioten einem feindlichen Fahrzeug, auf dem sich Soldaten befanden, die zu einer Militäroperation in der Nähe von Coalisland abkommandiert waren, einen Hinterhalt. Das Fahrzeug konnte zerstört werden. Drei englische Soldaten wurden getötet. Damit hat die Zahl der in den letzten Apriltagen von den Patrioten getöteten feindlichen Soldaten einige Dutzend erreicht.

USA

In verschiedenen Städten der USA erweitert sich die Protestbewegung gegen die brutale Rassendiskriminierung. In Boston, einer Stadt, die bereits seit langem Schauplatz entschlossener Kämpfe der Farbigen gegen die Rassentrennung ist, kam es vor kurzem erneut zu einer Demonstration gegen die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Farbigen durch die amerikanischen Imperialisten. Auf die Demonstranten stürzten sich starke Polizeikräfte und rassistische Elemente, die versuchten, die Demonstration gewaltsam auseinanderzutreiben. Es kam zu Straßenkämpfen, die längere Zeit andauerten.

JAPAN

In der letzten Zeit hat sich der Klassenkampf in Japan beträchtlich verschärft. An Streiks beteiligen sich inzwischen über zwei Millionen Arbeiter der verschiedensten Branchen. In den Streik getreten waren etwa 500 000 Eisenbahner, 30 000 Postbedienstete, über 200 000 Arbeiter der Textilindustrie, über 1,5 Millionen Metallarbeiter, ferner Arbeiter der Chemie- und Erdölindustrie, Werktätige der Krankenhäuser und der verschiedenen kommunalen Dienstleistungen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

OSTTIMOR

Der Kampf des Volkes von Osttimor gegen die indonesischen Besatzer verstärkt sich immer mehr. In Zusammenarbeit mit den Volksmassen der Hauptstadt organisierten die Befreiungsverbände der FRETILIN erneut eine bewaffnete Revolte in Dili und setzten Tausende indonesische Soldaten außer Gefecht. Der Großteil des Territoriums des Landes wird von den Patrioten kontrolliert. Mehrere Säuberungsaktionen der Besatzer gegen die befreiten Gebiete sind schmählich gescheitert. Durch die Niederlagen in Panik versetzt, hat das Suharto-Regime in Indonesien weitere 50 000 Soldaten nach Osttimor entsandt und mit Hilfe der USA-Imperialisten die Dörfer und Landstriche der befreiten Gebiete bombardiert. Andererseits reden die indonesischen Besatzer jetzt von Verhandlungen und haben eine Marionettenregierung installiert. Das Volk von Osttimor ist jedoch entschlossen, auf diese Manöver nicht hereinzufallen. Es verstärkt seinen bewaffneten Kampf und erteilt den Feinden die gebührende Antwort.

INDIEN

In der indischen Hauptstadt Dehli haben vor kurzem große Demonstrationen von Tausenden von Menschen stattgefunden. Sie protestieren damit gegen die volksfeindlichen Aktionen des reaktionären Gandhi-Regimes, das Hunderttausende von Armen aus den Slums in der Peripherie Dehlis verjagt hat und nun ohne Unterkunft lassen will. Meldungen zufolge hat am 22. April eine machtvolle Demonstration stattgefunden, gegen die die Polizei in faschistischer Manier vorging. Die aufgebrachten Demonstranten wehrten sich, so daß es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Die Polizeitruppen des Gandhi-Regimes eröffneten daraufhin das Feuer und töteten fünf Demonstranten und verletzten viele weitere.

Kambodscha

Am 24. April hatte die Nationale Einheitsfront von Kambodscha in Frankreich zu einer Gedenkveranstaltung anläßlich des 1. Jahrestages der Befreiung des Landes eingeladen. Etwa 1000 Menschen versammelten sich in der Mutualite. Delegationen aus der VR China und der VR Albanien, Vertreter aus Nord- und Südvietnam, der PLO und zahlreicher Staaten, die das Demokratische Kambodscha anerkannt haben, nahmen an der Veranstaltung teil. Unter den Gästen befand sich auch Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML.

In seiner Rede betonte der Vorsitzende der FUNK in Frankreich, daß das Volk von Kambodscha, das seine Freiheit und Unabhängigkeit unter Führung seiner revolutionären Organisation in jahrelangem Volkskrieg erkämpft hat, seine staatliche Souveränität und die neue Gesellschaft, die es aufbaut, wachsam verteidigen wird. Er berichtete von den Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus in Kambodscha und dankte den Völkern der Welt für die internationalistische Solidarität, die für das kämpfende Kambodscha immer eine große Unterstützung gewesen ist. Unter großen Beifall zeigte die Künstlergruppe der FUNK anschließend Szenen aus dem Befreiungskampf und vom Aufbau des Landes und sang Lieder der kambodschanischen Revolution.



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei



Vietnam

1. Jahrestag des Sieges über den US-Imperialismus

Vor einem Jahr, am Vorabend des 1. Mai, hißten die Kämpfer der Volksstreitkräfte Südvietnams auf dem Präsidentenpalais, der dem Marionettenregime der amerikanischen Imperialisten als letzter Zufluchtsort gedient hatte, die Fahne des Sieges und der Befreiung. Seit diesem Tag trägt Saigon den Namen des unvergessenen Führers des vietnamesischen Volkes, des Präsidenten Ho Tschi Minh.



Das vietnamesische Volk hat, um sich von der Unterjochung durch die ausländischen Imperialisten zu befreien, einen jahrzehntelangen heroischen Kampf geführt. Es zerschlug die Kolonialherrschaft der französischen Imperialisten in der legendären Schlacht von Dien Bien Phu, es verzagte nicht vor der gewaltigen Militärmaschinerie der amerikanischen Imperialisten und beugte sich nicht angesichts der barbarischen Greuel, die diese und ihre jeweiligen Lakaien verübten. Im Gegenteil. Das vietnamesische Volk nahm sein Schicksal in die eigenen Hände, vertraute auf die eigenen Kräfte und griff zur unbesiegbaren Waffe des Volkskrieges, um sich von dem Joch der amerikanischen Imperialisten und ihrer vietnamesischen Lakaien zu befreien.

Auf der ganzen Welt haben die Völker den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus unterstützt. Gleichzeitig waren dieser Kampf, die Schläge, die das vietnamesische Volk nacheinander dem amerikanischen Imperialismus versetzte und sein schließlicher Sieg ein begeisterndes Beispiel für alle unterdrückten Völker und Nationen und ein großer Ansporn für den revolutionären antiimperialistischen Kampf der Völker der Welt.

Das vietnamesische Volk hat seinen Sieg nicht errungen, wie die russischen Sozialimperialisten und ihre revisionistischen Nachbeter behaupteten, weil es vom „moralisch-politischen Prestige der Sowjetunion ... unterstützt wurde". Im Gegenteil. Als Wolf im Schafspelz versuchten und versuchen die russischen Sozialimperialisten dem vietnamesischen Volk die Früchte seines Sieges zu rauben und es in eine neue Versklavung zu stürzen, während ihre Propaganda den Kampfgeist und das Selbstbewußtsein der Völker schwächen, die historische Bedeutung des Sieges des vietnamesischen Volkes im Volkskrieg verdunkeln soll.

Das vietnamesische Volk zeigte in seinem Kampf: *„Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln*" (Mao Tsetung).

Abkommen der VR China mit Ägypten

Unterstützung der arabischen Völker

Während der ägyptische Vizepräsident Hosni Mubarak die Volksrepublik China besuchte, ist zwischen der VR China und Ägypten ein Militärhilfeabkommen geschlossen worden. Die VR China erklärt sich darin bereit, Ägypten Ersatzteile für Militärflugzeuge sowjetischen Typs zu liefern, die die russischen Sozialimperialisten Ägypten seit 1973 verweigern. Auch neue Waffen soll Ägypten erhalten. Vizepräsident Mubarak hob anschließend hervor, daß die Militärhilfe der VR China vorbehaltlos der Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker dient.

Wenige Wochen zuvor hatte die ägyptische Regierung der Sowjetunion die bestehenden „Freundschafts"- und „Hilfs"abkommen aufgekündigt. Denn die russischen Sozialimperialisten hatten diese Abkommen lediglich dazu benutzt, um dem ägyptischen Volk Bedingungen aufzuzwingen, die Ägypten unter die Kontrolle des russischen Sozialimperialismus gebracht hätten.

Bereits 1971, als der sogenannte „Freundschaftsvertrag" mit der Sowjetunion Ägypten aufgezwungen wurde, haben die russischen Sozialimperialisten Ägypten zwar große Versprechungen gemacht über Waffenlieferungen, doch Taten folgten dem nicht. Ägypten, das das Jahr 1971 zum Jahr der Wiedereroberung seiner von den israelischen Zionisten geraubten Territorien machen wollte, konnte seine Pläne nicht verwirklichen, weil die benötigten Waffen aus der Sowjetunion nicht geliefert wurden. Stattdessen schickten die russischen Sozialimperialisten große Mengen Militärpersonal nach Ägypten, um sich eigene Militärbasen zu schaffen und sich in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen. Sie führten sich auf als seien sie die eigentlichen Herren Ägyptens.

Die Empörung unter der ägyptischen Bevölkerung war schließlich soweit angewachsen, daß die sowjetischen Militärs 1972 aus dem Lande hinausgeworfen wurden.

Nicht anders trieben die russischen Sozialimperialisten direkte Sabotage am gerechten Kampf der arabischen Völker für die Befreiung ihrer geraubten Gebiete während des Oktoberkrieges 1973. Kaum hatte der Krieg begonnen, hatten die ägyptischen Truppen erste wichtige Erfolge errungen, intervenierten die russischen Sozialimperialisten und versuchten durch Lügen und Tricks die ägyptische Regierung zu einem Waffenstillstand zu drängen. In der Weltöffentlichkeit machten sie zwar großes Trara über ihre angebliche Hilfe, doch tatsächlich sperrten sie währenddessen die Waffenlieferungen, um den Widerstandskrieg des ägyptischen Volkes zu stoppen und zu schwächen. In den entscheidenden Augenblicken des Krieges, als die israelischen Truppen bereits auf das Westufer des Suezkanals vorgedrungen waren, verweigerten sie nicht nur die Lieferung neuer Waffen, sondern stoppten überraschend eine Waffenlieferung, deren Ankunft sie für die Tage vor dem 6. Oktober versprochen hatten. So erhielt Ägypten keinen Ersatz für die im Krieg verlorengegangenen Flugzeuge und nicht ein Panzer wurde geliefert, die dringend am Westufer gebraucht wurden, als die israelischen Zionisten vordrangen. Ruhig sahen die russischen Sozialimperialisten mit an, wie die US-Imperialisten Israel noch und noch mit Waffen und Munition gegen die arabischen Völker vollstopften. Seit Oktober 1973 haben sich die russischen Sozialimperialisten geweigert, Ägypten für die in der Sowjetunion hergestellten MIG 21-Flugzeuge Ersatzteile zu liefern, so daß diese Flugzeuge praktisch nur noch Schrottwert besaßen. Zugleich sollte Ägypten aber die früher gelieferten Waffen in harter Währung bezahlen. Die Kremlzaren machten dabei mit ihren alten Waffen große Profite. Außerdem drängten sie zu sofortiger Rückzahlung der ägyptischen Schulden und verlangten Wucherzinsen. Neben den Devisen, die aufgebracht werden mußten, mußte Ägypten so ein Viertel seiner Baumwolle und andere Exportwaren alljährlich hergeben, um die sowjetischen „Hilfs"darlehen und Schuldzinsen auszugleichen.

In seiner Erklärung zur Auflösung des „Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit" mit der Sowjetunion sagte Präsident Sadat vor der Volkskammer über dieses Vorgehen der russischen Sozialimperialisten: „Das ist Wirtschaftsblockade und militärische Erpressung!" Und er versicherte zugleich, daß er sich niemals dem sowjetischen Druck beugen und vor ihm auf die Knie gehen werde. Das sind die Tatsachen über die „großartige Hilfe" Moskaus für die arabischen Völker.

Das Vorgehen der Sowjetunion ist das Vorgehen einer imperialistischen Supermacht, die im Ringen um Weltherrschaft danach strebt, die Völker zu unterjochen und ihr Diktat gegen sie zu errichten.

Die VR China aber, mit der Ägypten jetzt ein Militärhilfeabkommen abgeschlossen hat, ist als wahrhaft sozialistisches Land seit jeher für das Recht der arabischen Völker eingetreten, ihr Territorium, das von den israelischen Zionisten geraubt worden ist, zu befreien. Sie hat stets das Vorgehen beider Supermächte gegen die arabischen Völker vor aller Welt entlarvt und die arabischen Völker im Kampf gegen beide unterstützt. Auf dieser Grundlage wurde auch das Militärhilfeabkommen geschlossen. Wie der ägyptische Vizepräsident Mubarak erklärte, hat die Volksrepublik China auch nicht eine Forderung mit dem Abkommen verbunden. Auch ist, wie Mubarak erklärte, mit diesem Abkommen keine Geschäftemacherei verbunden, sondern es entspreche der Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung, der den unterdrückten Völkern kostenlose Hilfe gewähre. **Dieses Abkommen wird die arabischen Völkern in ihrem Kampf für die Befreiung ihres Territoriums gegen die israelischen Zionisten wie gegen die beiden imperialistischen Supermächte wirkliche Unterstützung geben. Es ist zugleich ein Schlag gegen die russischen Sozialimperialisten, die mit ihrem Vorgehen gegen die arabischen Völker vor aller Welt deutlich gezeigt haben, daß ihre Parolen von „internationalistischer Hilfe" und von der „Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker" lediglich leere Phrasen sind, die ihr brutales Vorgehen gegen die Völker der Welt verdecken sollen.**

Traueradresse

An das Zentralkomitee der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

Liebe Genossen!

Mit Trauer und voll Empörung haben wir von dem feigen Mord der faschistischen Diktatur an Genossen Guillermo Arevalo, Mitglied des Zentralkomitees der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles erfahren. Wir sprechen Euch zu diesem großen Verlust, den Eure Partei erlitten hat, unsere tiefempfundene Anteilnahme aus. Der Faschismus, der dem chilenischen Volk durch den amerikanischen Imperialismus und die chilenische Großbourgeoisie aufgezwungen worden ist, dessen Errichtung ohne den schändlichen Verrat der modernen Revisionisten unmöglich gewesen wäre, hofft, durch Mord und Terror Eure Partei vernichten und den heldenhaften Kampf den Eure Partei und das ganze chilenische Volk führt, im Blut ersticken zu können. Was für eine vergebliche Hoffnung! In den Fabriken, den Dörfern und weiten ländlichen Gebieten, in den Armenvierteln der Städte erhebt das chilenische Volk das Banner des entschlossenen, revolutionären Kampfes für den Sturz der Diktatur der Mördergenerale von Washingtons Gnaden immer höher. Eure Partei, die an der Spitze des Kampfes des chilenischen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung steht, wird Trauer in Stärke verwandeln. Für Genossen Guillermo Arevalo werden neue Kämpfer aufstehen. Die große Sache, für die er sein Leben opferte, die Befreiung des chilenischen Volkes aus der Nacht der faschistischen Diktatur, die Errichtung der Volksmacht und die endgültige Befreiung des chilenischen Volkes von Ausbeutung und Unterdrückung ist unbesiegbar.

Ruhm und Ehre Genossen Guillermo Arevalo!

Es lebe die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Gegen Kolonialismus und Imperialismus

Vorwärts im bewaffneten Kampf!

Auf dem afrikanischen Kontinent hat der Kampf der unterdrückten Völker und Nationen für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus, für die nationale Unabhängigkeit und gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und das Hegemoniestreben der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion einen großen Aufschwung genommen. Vor allem der revolutionäre bewaffnete Kampf der unterdrückten Völker erschüttert die Bastionen des Imperialismus in Afrika bis ins Mark.

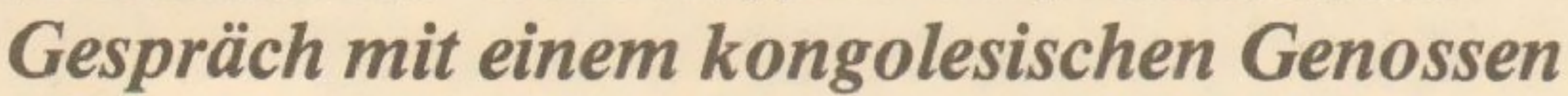


Kongolesische Freiheitskämpfer haben ein feindliches Flugzeug abgeschossen.

Gleichzeitig verschärft sich auf dem afrikanischen Kontinent aber auch die Rivalität der beiden Supermächte, ihr Kampf um Einflußsphären und Märkte, um die Unterjochung der Völker und die Ausplünderung der riesigen Reichtümer dieses Kontinents. Die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten intervenierten direkt in Angola und vor allem die Letzteren schickten unter dem Deckmantel der „Freundschaft" und der „internationalen Solidarität" Tausende von kubanischen Söldnern nach Angola, um es unter ihre Kontrolle zu zwingen und damit eines der reichsten und strategisch wichtigsten Länder Afrikas an sich zu reißen und als Ausgangsbasis für weitere Aggressionen, Einmischungen gegen die afrikanischen Völker zu machen; als Ausgangsbasis auch, um in die revolutionären Befreiungsbewegungen einzudringen, sie zu spalten und zu versuchen, sie unter ihre Kontrolle zu bringen. Die amerikanischen Imperialisten dagegen versuchen mit Macht, ihren alten Einfluß in Afrika aufrechtzuerhalten und den Boden, den sie gegenüber den Neuen Zaren im Kreml verloren haben, wieder wettzumachen. So stifteten sie Marokko und Mauretanien an, die Demokratische Arabische Republik Sahara zu überfallen und erhöhten ihre militärische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung für verschiedene reaktionäre afrikanische Regimes. In diesem Rahmen schickten die amerikanischen Imperialisten dieser Tage auch ihren Außenminister Kissinger auf eine Rundreise durch verschiedene afrikanische Länder. Mit der Reise, die die amerikanischen Imperialisten ihren Chefdiplomaten antreten ließen, verfolgten sie das Ziel, ihren Einfluß in Afrika gegenüber dem russischen Sozialimperialismus zu stärken.

Diese Reise und die Ziele, die mit ihr verbunden waren, richteten sich zugleich gegen den Kampf der unterdrückten Völker Afrikas, vor allem der Völker von Namibia, Azania und Zimbabwe, für ihre Befreiung. Angesichts des Aufschwungs dieses Kampfes und der breiten Unterstützung, die er bei den Völkern und Nationen Afrikas findet, sah Kissinger sich gezwungen, in seinen öffentlichen Reden, das Regime Ian Smith zu verurteilen und seine Sympathie für den Kampf des Volkes von Zimbabwe zu heucheln. Aber der Plan, den er zur Lösung der Probleme im südlichen Afrika entwikkelte, ist ein durch und durch konterrevolutionärer, gegen die Völker gerichteter Plan. Kissinger unterstützte den Plan der südafrikanischen Rassisten, in Namibia eine Regierung afrikanischer Marionetten einzusetzen, die dem Schein nach unabhängig, in Wirklichkeit Instrument der Aufrechterhaltung der weißen rassistischen Oberherrschaft über dieses Land sein soll. Er unterstützte weiter den Plan der südafrikanischen Rassisten, die afrikanische Bevölkerung Südafrikas in Reservaten zusammenzupferchen, diesen Reservaten den Namen „Homelands" zu geben, um sie als angeblich autonome Gebiete in Wirklichkeit ebenfalls unter rassistischer Oberherrschaft zu halten. Schließlich ließ er in Bezug auf Rhodesien die Katze aus dem Sack, wo alle seine Vorschläge daraufhinausliefen, den revolutionären bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe zu stoppen, wo er eine „friedliche" Lösung propagierte, die den Zweck hat, daß das Volk die Waffen aus der Hand legt. **Eine solche „Lösung" dient aber nur dem Imperialismus, der darauf hofft, ein Volk, das entwaffnet ist, um so besser niederschlagen zu können.**

Die Völker des südlichen Afrika haben aber bereits gezeigt, was sie von solchen Vorschlägen halten. Nämlich nichts. Das Volk von Zimbabwe wird seine Zukunft durch den revolutionären bewaffneten Kampf, mit dem Gewehr in der Hand, entscheiden. Das gleiche werden auch die Völker von Namibia und Azania tun. Das ist der einzige Weg, um das Joch des Imperialismus abzuschütteln. **Trotz zeitweiliger Rückschläge und Niederlagen sind es nicht die Imperialisten, vor allem nicht die beiden Supermächte, die über die Zukunft der afrikanischen Völker entscheiden werden. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution — diese historische Tendenz bestimmt auch die Lage auf dem afrikanischen Kontinent.**



Gespräch mit einem kongolesischen Genossen

Der ROTE MORGEN hatte vor kurzem Gelegenheit, mit einem Genossen der Revolutionären Marxistischen Partei Kongo (Kinshasa) über die Situation in Afrika und in seinem Heimatland zu sprechen. Auch im Kongo hat das Volk zu den Waffen gegriffen, um seine wirkliche Unabhängigkeit zu erkämpfen und die nationale und demokratische Revolution gegen das Regime Mobutus, welches die Interessen des amerikanischen Imperialismus vertritt, zum Sieg zu führen. Wir veröffentlichen hier im folgenden eine Zusammenfassung und Auszüge aus diesem Gespräch.

Der Kongo ist eines der reichsten Länder der Welt. 1960 erhob sich das kongolesische Volk unter der Führung von Patrice Lumumba im bewaffneten Kampf gegen die belgischen Imperialisten, befreite innerhalb kurzer Zeit 3/4 des Landes und errang die Unabhängigkeit. Aber gemeinsam mit den belgischen Imperialisten zettelten die amerikanischen Imperialisten eine Verschwörung an, brachten ihre Lakaien Tschombe und Mobutu an die Macht, die Lumumba gefangennahmen, grausam folterten und schließlich ermordeten.

„Der US-Imperialismus", sagte uns der Genosse aus dem Kongo, „spielt eine unselige Rolle in unserem Kontinent. Die USA wollen die afrikanischen Länder unter ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Abhängigkeit sehen... Sobald sie einen afrikanischen Führer sich gewonnen haben, erhält sein Land jede militärische Hilfe, die Anwesenheit von US-Technikern erfordert, die doppelte und dreifache Aufgaben haben. Es ist sicher, daß die USA dieses Land benutzen, wenn sie ihre Aggression gegen den Widerstand der Völker im übrigen Kontinent ausdehnen. Zum Beispiel: ... Die Armee Mobutus — die bestausgerüstete und bestbezahlte Armee Afrikas — ... wurde eingesetzt gegen den bewaffneten Kampf des Volkes von Tschad gegen den Neokolonialismus. Die Armee Mobutus intervenierte militärisch in Angola, wo Mobutu Cabinda abschneiden wollte. In Angola, man weiß es, arbeitete Mobutu darauf hin, seinen Schwager Roberto Holden, der die ganze Zeit als Agent des US-Imperialismus arbeitete, zum Chef des neuen Staates zu machen.

Unser Land, Kongo (Kinshasa), ist eine amerikanische Kolonie. ... Als unser Land die Unabhängigkeit erhielt, betrugen die amerikanischen Investitionen nur 1% von insgesamt neun Billionen Dollar, die zu 95% durch die belgischen Monopole kontrolliert wurden. Heute dagegen kontrollieren die Amerikaner 80% der gesamten Investitionen im Kongo. Die Profite, die sie daraus ziehen, sind achtmal so hoch wie der Wert des Bruttonationaleinkommens des Kongo. Die amerikanischen Monopole kontrollieren die strategisch wichtigsten Rohstoffe des Landes: 100% bei Kobalt, 90% bei Uran, 80% bei Diamanten, 66% des Magnesiums, 54% des Zinn und des Lithiums, sowie weitere Rohstoffe wie Eisen, Silber, Platin, Zinn, Gold und Bauxit.

Bei uns spielt sich eine große kulturelle Offensive ab, wo die gesamte Presse (sowohl die geschriebene, als auch die gesprochene und die verfilmte) unter ausländischer Kontrolle steht. Die amerikanischen Imperialisten haben das Ziel, die traditionellen künstlerischen und kulturellen Werte unserer afrikanischen Völker zu verderben, die Wahrheit zu verdrehen und durch die Verbreitung von Lügen unsere Länder auch geistig zu kolonisieren; mystische Vorstellungen und Werte zu verbreiten, die unseren reichen afrikanischen Sitten direkt entgegengesetzt sind ...; die afrikanischen Völker aufzustacheln, einen künstlichen Kosmopolitismus zu praktizieren, der die Sitten übernimmt und nachahmt, die in den kapitalistischen Gesellschaften blühen. ... In diesen Faktoren liegen die tieferen Wurzeln für die raffinierten Formen der Ausbeutung durch den Imperialismus. Das heißt: der Neokolonialismus ist nur eine neue Haut, eine feinere Form, mit der die kapitalistischen Mächte die Ausplünderung des Kontinents fortsetzen."

Zu diesen kapitalistischen Mächten gehört auch die Bundesrepublik Deutschland, die westdeutschen Imperialisten, die Kissingers imperialistischer Afrikapolitik sofort aus vollem Herzen zustimmten.

„Die Politik der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet sich nicht von der Politik, die die USA oder andere kapitalistische Länder betreiben. Sie versuchen, ebenfalls in Afrika einzudringen und sie bedienen sich dabei der gleichen Methoden. Man muß in diesem Zusammenhang die Rundfunkstation ‚Die deutsche Stimme' nennen, die in Kyali in Ruanda arbeitet, sowie die Hilfsangebote der Bundesrepublik an afrikanische Länder. Obwohl es nach dem Gesetz der Konkurrenz verschiedene Widersprüche zwischen den Ausbeutern in unserem Land gibt, haben sie das nicht, im Bereich der Sicherheit zusammenzuarbeiten, um die fortschrittlichen Regierungen des Kontinents zu stürzen."

Die Revolutionäre und das Kongolesische Volk haben auch ihre Erfahrungen mit den modernen Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze gemacht und sie als Feinde des Befreiungskampfes, der Unabhängigkeit und der Revolution kennengelernt. Als sich 1961 Lumumba, der von den belgischen und amerikanischen Imperialisten umzingelt war, an Chruschtschow wandte, weil er glaubte, daß der ein Freund der revolutionären Völker sei und ihn um Hilfe bat, bekam er nichts — abgesehen von ein paar Minen ohne Zünder. Ebenso wie sie Lumumba verrieten, verrieten die Chruschtschowrevisionisten diejenigen, die in seinem Namen nach seinem Tod den Kampf weiterführten und das Volk zu den Waffen riefen.

„Wir", sagte der Genosse aus dem Kongo, „haben die Praktiken, die konkreten Handlungen der modernen Revisionisten kennengelernt. Ich habe Euch davon erzählt, daß Patrice Lumumba tot ist und daß die modernen Revisionisten ihren Teil der Verantwortung an seinem Tod haben. Ich habe Euch gesagt, daß die Volksmacht unter der Führung der Lumumbisten wegen der Revisionisten liquidiert wurde. Man muß wissen, daß die materielle Hilfe, die uns während der ersten Phase unseres Kampfes von den modernen Revisionisten gegeben worden ist, nicht konsequent war. Was bedeutet es, wenn man Euch panzerbrechende Waffen und Minen ohne die Zünder gibt? Das alles war, bevor wir den Grad unserer Reifung erlangten. ... Wir werden nicht zulassen, daß der Kongo nach der Befreiung unseres Landes unter die Herrschaft irgendeiner der Supermächte gerät."

Aus ihren Erfahrungen haben die kongolesischen Revolutionäre den Schluß gezogen, daß es für die afrikanischen Völker das wichtigste ist, „sich politisch zu organisieren, sich zu bewaffnen mit einer klaren Ideologie, mit der marxistisch-leninistischen Theorie; revolutionäre Parteien aufzubauen und eine proletarische Armee zu schaffen, um sich vom Kolonialismus und Neokolonialismus befreien zu können. ...

Die Entkolonialisierung des afrikanischen Kontinents hat viele Erfolge und Siege für die Völker gebracht, die entschlossen sind, sich zu befreien. Es ist schwierig, hier über jeden Kampf im einzelnen zu sprechen, denn es gibt bereits 47 unabhängige Länder, von denen jedes seine Geschichte hat. Aber der Kampf der afrikanischen Völker geht weiter, von einem Stadium zum anderen. Für die Völker, deren Länder bereits unabhängig sind, deren Führer sich aber dem Imperialismus anschlossen und dem Volk schändlich den Rücken kehrten, gilt es, entschlossen für den Sieg der demokratischen und nationalen Revolution zu kämpfen, wie es heute bereits die Völker des Kongo (Kinshasa) und des Tschad tun. Die Völker dagegen, deren Länder noch nicht befreit sind, kämpfen entschlossen gegen den Kolonialismus, wobei sie beachten müssen, daß an der Spitze der Bewegung keine reaktionären Elemente stehen, die die Länder, wenn sie unabhängig geworden sind, zum Neokolonialismus führen könnten. Denn das würde neuen Kampf gegen diesen gefährlichen Feind bedeuten, statt die entscheidenden Probleme des Aufbaus des Landes anpacken zu können...

Auch das rassistische Südafrika ist den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung unterworfen. Ihre Gesetze hängen nicht ab vom menschlichen Willen, von einem Vorster oder einem Smith oder einiger amerikanischer Rassisten, die noch von der Sklaverei träumen. Die Völker Südafrikas werden gewiß über die Rassisten triumphieren, die sich bald in einem Flammenmeer des Volkskrieges finden werden. Dieses Feuer wird nicht ausgelöscht werden, nicht in Südafrika, in Namibia, auf den Komoren (französische Kolonie), in Somali (französische Kolonie) und auf den Kanarischen Inseln. In Zimbabwe ist der friedliche Weg von N'komo ... gescheitert. Wie Genosse Mao Tsetung sagt, „kommt alle Macht aus den Gewehren'."

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	43,3 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

'Palazzo Prozzi'



Nach über zweieinhalbjähriger Bauzeit besitzt die neue Bourgeoisie in der DDR nun ihren Palast, den „Palast der Republik". In ihm hat die „Volks"kammer, die in ihrer Funktion dem Bundestag entspricht, ihren Platz. Diskotheken, Bars, Theater ergänzen den Prunkbau.

Immer wieder wurde in den Eröffnungsreden hervorgehoben, daß dies ein Palast des Volkes sei. Doch das stimmt, nicht anders als bei den Prunkbauten der Bourgeoisie im Westen, nur hinsichtlich der Bezahlung. Hunderte Millionen Mark — Schätzungen sprechen sogar von einer Milliarde — wurden den Werktätigen abgepreßt, damit Marmor, Gold und Edelholz die neue Bourgeoisie im Glanz erstrahlen lassen. Im Volksmund hat der Bau bereits seinen Namen weg: „Palazzo Prozzi". Aus allen Teilen des Landes wurden in den letzten Wochen Bauarbeiter zusammengezogen, um den Palast fertigzustellen, damit die neue Bourgeoisie dort ihren IX. Parteitag feiern kann. Andere Baustellen wurden hintangestellt. Millionen, von denen man ganze Stadtviertel hätte sanieren können, wurden so für den „Palazzo Prozzi" ausgegeben. Dafür aber verfügt schließlich nun jedes Mitglied der Volkskammer über einen Sessel mit individueller Klima-Belüftung, sind Bars dreh- und schwenkbar, strotzt es von elektronischen Tricks und Spielereien.

Daß in diesem Hause die neue Bourgeoisie herrscht, zeigten auch die Eröffnungsfeiern. Natürlich wurden von Honecker persönlich Orden dafür verliehen, daß für die Bourgeoisie dieser Palast errichtet wurde. Den höchsten bekam natürlich selbst ein Bourgeois: der Bauminister Junker. Da wurde nicht nur ein Lied auf die Mauer, sondern ebenso der Singsang westlicher „Schlagersterne" wie Juliette Greco, Katja Ebstein mit dem Beifall der neuen Bourgeoisie bedacht.

Daß entgegen anfänglichen Plänen das Bildnis von Marx und Engels nicht auf der Außenfront des Gebäudes angebracht wurde, ist da nur all zu verständlich: es hätte sich wirklich nicht mit diesem „Palazzo Prozzi" vertragen.

CIA-Lügen im 'Stern'

Während die Völker in der ganzen Welt den Jahrestag des Sieges und der Befreiung des kambodschanischen Volkes vom Joch des Imperialismus und seiner Lakaien feiern, hat die Lügenkampagne und Hetze der amerikanischen Imperialisten gegen das Demokratische Kambodscha einen neuen Höhepunkt erreicht.

In den vom amerikanischen Geheimdienst fabrizierten angeblichen Augenzeugenberichten und Greuelmärchen kommt der abgrundtiefe Haß der Imperialisten auf ein Volk zum Ausdruck, das sein Land im Vertrauen auf die eigene Kraft und mit dem Gewehr in der Hand befreite, die ausländischen und einheimischen Ausbeuter verjagt und entmachtet hat und auf dem Weg der nationaldemokratischen Revolution voranschreitet.

Die Lügenmärchen des CIA sind auch von unserer bürgerlichen Presse begierig aufgegriffen worden. Springers ‚Welt' und ‚Bild' brachten erst vor kurzem großaufgemachte Berichte über den angeblichen Mord von einer halben Million Kambodschanern durch die Volksmacht, über Zwangsarbeit, angebliche Morde an Kindern und Frauen usw. usf. Jetzt ist auch der ‚Stern' in diese Lügenkampagne eingefallen. Er präsentiert sogar Fotos, angebliche ‚Dokumente', die den Terror der Volksmacht ,,beweisen'' sollen. Die Methode, nach der diese ,,Bildreportage'' zusammengestellt worden ist, ist allerdings ziemlich einfach: Bilder von der Feldarbeit, einem Kindergarten, von Soldaten der Volksstreitkräfte, die einen feindlichen Agenten oder Soldaten stellen — Bilder, wie sie die Regierung des Demokratischen Kambodscha jedem Journalisten auf Anfrage ins Haus liefert — werden einfach mit den entsprechenden Unterschriften, wie ,,Zwangsarbeit'' usw. versehen, und schon ist die Hetze perfekt. Ein typisches Beispiel für diese Methoden ist das Bild, das wir auf dieser Seite abdrucken und das im ,,Stern'' als ,,Beweis'' für die gewaltsame Vertreibung der Einwohner Phnom Penhs herhalten soll.



Dieses Bild machte schon vor einem Jahr die Runde durch die kapitalistische Presse. In der ‚Welt' z. B. war es das Bild eines „plündernden Siegers". In Wirklichkeit stammt das Bild von dem Journalisten Fröhder, der in der Sendung ‚Panorama' erklärte, daß das Bild einen Soldaten der Volksstreitkräfte zeigt, der einen plündernden Zivilisten in Phnom Penh verhaftet ... So sehen die Methoden der kapitalistischen Lügenpresse aus!

Langspielplatte der KPD/ML erschienen

'Lob des Kommunismus'

Zum Roten 1. Mai 1976 erschien die erste Langspielplatte der KPD/ML „Lob des Kommunismus", gesungen und gespielt von Mitgliedern verschiedener Agitprop-Trupps der Partei und des Spielmannszugs der ROTEN GARDE Hamburg. Damit ist ein wichtiger Schritt voran getan worden, um die revolutionären Lieder der Partei breiter bekannt zu machen. Die Schallplatte kann zum Preis von 20 DM bei der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" in Hamburg bezogen werden.



Auf der Schallplatte sind folgende Lieder und Stücke aufgenommen

Seite 1:	Seite 2:
Lob des Revolutionärs	**Auf, ihr Arbeiter, Brüder**
Die Partei	**Der zerrissene Rock**
Das ROTER MORGEN-Lied	**Das Lied von der Rationalisierung**
Lob des Kommunismus	**Im Gefängnis zu singen**
Lied über Stalin	**Deutschlandlied**
Wer geht voran	**Rotes Antikriegstagslied**
Lied der ROTEN GARDE	**Die Internationale**

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb Nr. 1935 72 — 207

In dem Vorwort der Textbeilage zu der Langspielplatte heißt es:

In den vergangenen Jahren wurden von der Partei neue revolutionäre Lieder geschaffen. Die weitverbreitetsten davon wurden zusammen mit Liedern und Stücken des Erbes proletarisch revolutionärer Kultur für die Platte ausgewählt (siehe unten). Sie propagieren die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die KPD/ML, ihre Organisationen und ihre Politik. Sie preisen den Kommunismus, der von den Verrätern und gefährlichsten Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, den modernen Revisionisten, verfälscht und in den Schmutz gezogen wird.

Nach der Gründung der KPD/ML zur Jahreswende 1968/69 sind in vielen deutschen Städten Agitations- und Propagandatrupps (Agitprop-Trupps) entstanden. Auf der Straße, bei Demonstrationen, vor Betrieben und auf Veranstaltungen ergreifen diese Agitprop-Trupps mit revolutionären Liedern, Gedichten und kurzen Theaterszenen Partei für die Sache des Proletariats, für den Kampf um die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. In vorderster Front unterstützen sie die politischen Kampagnen der Partei: z. B. das Eingreifen in die Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1974. Mit begeisternden Liedern und aufrüttelnden Theaterszenen führten die Agitprop-Trupps in Hamburger Hinterhöfen und auf offenen Plätzen Kundgebungen durch, entlarvten die Ursachen der kapitalistischen Unterdrückung, den bürgerlichen Wahlrummel und die Demagogie der Revisionisten vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" und propagierten die Notwendigkeit der Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution. Ebenso wie bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg griffen die Agitprop-Trupps mit neuen Agitprop-Stücken in die Kampagnen zum Roten Antikriegstag 1975 und zur Propagierung des ROTEN MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML, ein. Sie schufen Szenen, Stücke und Gedichte, u. a. zur wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte; zur zunehmenden Faschisierung in der Deutschen Bundesrepublik; zum Verrat des Marxismus-Leninismus durch die modernen Revisionisten; zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML beim Jahreswechsel 1975/76.

„Die proletarische Literatur und Kunst sind ein Teil der gesamten revolutionären Sache des Proletariats oder, wie Lenin sagte, ‚Rädchen und Schräubchen' des Gesamtmechanismus der Revolution." (Mao Tsetung, Rotes Buch, S. 354).

Kern jeder proletarisch revolutionären Agitprop-Kunst sind die Interessen des Proletariats und ihres Vortrupps, der Kommunistischen Partei. Revolutionäre Agitprop-Kunst dient der ideologischen Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Als scharfe Waffe richtet sie sich gegen bürgerliche und revisionistische Kultur, die auf demagogische Weise die imperialistische Popkultur „politisch" verbrämt und versucht, die werktätigen Massen einzuschläfern.

Revolutionäre Agitprop-Kunst kämpft für den Sieg des Proletariats im unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Sie bietet mit ihren vielfältigen künstlerischen, literarischen und musikalischen Mitteln ausgezeichnete Möglichkeiten, Agitation und Propaganda eng mit den Bedürfnissen der werktätigen Massen zu verknüpfen, ihre Sorgen und Schwierigkeiten aufzugreifen, die Massen zum Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu aktivieren und sie um die Kommunistische Partei, die KPD/ML, zusammenzuschließen.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110.–Tel.: 040 / 4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.